

10.06



DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Projekte für die Umweltbewegung von morgen
Umweltverbände rufen zum Stromwechsel auf
Wie Agro-Gentechnik an die Schulen kommt
Aktion gegen feste Fehmarnbelt-Querung**

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik
auf Bundesebene
Jahrgang 12 (2006), Heft 10
ISSN 1861-0048

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de, Internet: www.dnr.de

Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),
Nehle Hoffer (nh), Franziska Heinrich (fh),
Nelly Thompson (nt)
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-82
eMail: matthias.bauer@dnr.de
Internet: www.dnr.de/publikationen

Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)
eMail: thomas.kreuzberg@dnr.de
Preise/Bestellen: siehe 3. Umschlagseite

Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung
sind willkommen. Die Redaktion behält
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für
unverlangt eingesandtes Material keine
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion/des Herausgebers wieder.
Redaktionsschluss: 20. des Vormonats.

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber.
Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-
umweltministerium gefördert. Die Förderer
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der
Angaben sowie für die Beachtung der
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten
und Meinungen müssen nicht mit denen
der Förderer übereinstimmen.

Zwei Projekte für die Umweltbewegung von morgen

Liebe Leserinnen und Leser,

seit einigen Jahren erleben wir die Entwicklung einer weltweiten sozialen Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung und ihre sozialen und ökologischen Folgen. Der Slogan „Eine andere Welt ist möglich“ drückt aus, dass es eine Frage des Wollens ist, welchen Weg der ökonomischen, sozialen und ökologischen Entwicklung die Gesellschaften unserer Welt einschlagen. Doch welche Alternativen sind eigentlich gemeint? Innerhalb der zivilgesellschaftlichen Organisationen gibt es dazu viele Antworten. Ein Dialog darüber ist wichtig - und es ist gut, dass nicht nur in Deutschland umwelt- und globalisierungskritische Bewegung zusammenfinden, zum Beispiel im nächsten Jahr zum dritten McPlanet.com-Kongress kurz vor dem G8-Gipfel in Heiligendamm.

Auf der Suche nach gangbaren Wegen einer zukunftsfähigen Entwicklung gibt es einen Ansatz, der auch in Deutschland immer mehr Beachtung findet: Unter der Überschrift „Solidarische Ökonomie“ versammeln sich Projekte, Betriebe und Initiativen, deren Wirtschaften ökologischen und solidarischen Prinzipien verpflichtet ist. Dazu gehören Regionalwirtschafts-Initiativen, Genossenschaften, Initiativen des Fairen Handels, selbstverwaltete Betriebe, und viele mehr. Sie verkörpern das, was in Nachhaltigkeitsstudien als „Lichtblicke“ oder „Referenzprojekte“ bezeichnet wird. Ökonomisch stellen sie in einigen Ländern schon einen erheblichen Wirtschaftssektor dar, während Deutschland hier noch viele ungenutzte Potenziale hat.

► Ein großer Kongress vom 24.-26. November an der TU Berlin soll unter Beteiligung eines breiten Spektrums von Organisationen und mit namhaften Referent/innen aus dem In- und Ausland den Sektor der „Solidarischen Ökonomie“ auch in Deutschland öffentlich sichtbar machen und die Vernetzung und Debatte der verschiedenen Gruppierungen vorantreiben, die mit der Idee einer solidarischen Ökonomie in Beziehung stehen. Die Umweltbewegung sollte hier nicht fehlen - immerhin geht es um einen wesentlichen Pfad auf dem langen Weg zur Nachhaltigkeit.

Zum Thema Zukunftsfähigkeit gehört auch die Frage, wer eigentlich die Umweltbewegung von morgen tragen und prägen wird. Seit fast zehn Jahren leistet dazu der DNR mit seinem Nachwuchsförderungsprogramm „Kurs ZukunftsPiloten“ einen Beitrag, seit 2005 in Kooperation mit der Bewegungsakademie. Mit dem Ende Oktober beginnenden neuen Kurs gibt es nun schon über 100 ZukunftsPilotinnen und -Piloten. Eine ganze Reihe der Absolvent/innen arbeitet heute hauptamtlich oder ehrenamtlich an entscheidenden Positionen in Verbänden, Forschungsinstituten oder auch staatlichen Stellen.

► Immer wieder kommen aus dem Kurs ZukunftsPiloten auch Impulse in die Umweltbewegung hinein. Im kommenden Kurs wollen wir dieses innovative Potenzial weiter institutionalisieren und für Umweltverbände nutzbar machen: Gesucht werden jetzt „Aufträge“ aus Umweltverbänden, die im Kurs bearbeitet werden können.

Das Potenzial für eine zukunftsfähige Umweltbewegung ist da - es muss nur genutzt werden! Eine anregende Lektüre dieses Deutschland-Rundbriefes wünscht Ihnen

Rasmus Grobe,
Kursleiter DNR-Kurs ZukunftsPiloten,
Vorstand Bewegungsakademie

Informationen und Kontakt zum Kongress und zum Kurs auf Seite 24 und unter www.solidarische-oekonomie.de www.zukunftspiloten.de

2 Impressum

3 Editorial

- Projekte für die Umweltbewegung von morgen

5 Verbände, Ehrenamt

- Deutscher Umweltpreis 2006
- Neue Initiativen für das Ehrenamt
- Lesenswert: DNR-Geschichte, Vereinspraxis

6 Agrarpolitik, Gentechnik, Verbraucherschutz

- Neues Projekt bringt das Thema Agro-Gentechnik an die Schulen von Christof Potthof, GeN
- Düngeverordnung scheidet bei EU
- Geheimer Genmaisbau 1998-2004
- Gen-Weizen: Freisetzung neben Genbank-Freiflächen geplant
- Berlin für EU-Transparenzforderung
- Streit um Lebensmittelkontrolle und Verbraucherinformationsrechte
- Nanotechnologie: UBA gibt Handlungsempfehlungen
- Kurzmeldungen: Genreis, Gentechnikgesetz, Feldbefreiung
- Lesenswert: Joghurt-Lüge, Gentechnik-Insulin, Unterrichtshilfe

11 Emissionen, Abfall, Chemie, Industrie

- Handy-Effekte möglicherweise nutzerabhängig
- Mangelnde Unabhängigkeit von Mobilfunkstudien

12 Energie, Klima

- Koalition streitet um Suche nach Atommüll-Endlager
- Störfall im AKW Biblis
- Deutsche Umweltverbände rufen zum Stromwechsel auf
- Vornorm für Rapsölkraftstoff
- Kurzmeldungen: Gebäudesanierung
- Lesenswert/Sehenswert: Al-Gore-Film, Emissionshandel, Regional-Energie

15 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik

- Innovationspreis für nachhaltige Bildung
- Grüne wollen wieder mehr auf Ökologie setzen
- Neue Umweltbildungs-Netze
- Kurzmeldungen: Beteiligungsrechte, Umweltethik, Föderalismusreform
- Lesenswert/Sehenswert: Ökologie-Jahrbuch, Globalisierungsalternativen, Umweltbildung

18 Naturschutz, Artenschutz

- Aktion gegen feste Fehmarnbelt-Querung
- Kritik am Landschaftsgesetz NRW
- Bahn AG steigt auf FSC-Holz um
- Bleimunition vergiftet Seeadler
- Kurzmeldungen: Floßtour
- Lesenswert: Biographie

20 Verkehr, Tourismus

- Bahn-Börsengang verschoben
- Vorschlag für Dreiliterauto-Programm
- Bundestag lehnt Flugticketabgabe ab
- Kurzmeldungen: Fahrradmitnahme
- Lesenswert: Bahnprivatisierung, BürgerBus, Verkehrserziehung

22 Wasser, Meere

- Auskunft über Uran im Mineralwasser
- Konzept für neue Elbe-Staustufen
- Kurzmeldungen: Chemie-Aale, Abwasserprivatisierung
- Lesenswert: Wasserprivatisierung, Fließgewässerrenaturierung, DBU-Projekte, Gewässerschutz, Biographie

23 Service

- Umwelt-Termine
- Informationsquellen
- EU-Umweltpolitik verständlich

Deutscher Umweltpreis 2006

Auszeichnungen für Thüringer Ökologen und bayrischen Ingenieur

Den Deutschen Umweltpreis erhalten in diesem Jahr der Thüringer Ökosystemforscher Professor Ernst-Detlef Schulze und der bayerische Wasserbau-Unternehmer Hans Georg Huber. Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) verleiht die mit 500.000 Euro höchstdotierte Umweltauszeichnung Europas am 29. Oktober in Dresden durch Bundespräsident Horst Köhler. Mit dem Preis, der jährlich überreicht wird, werden Leistungen ausgezeichnet, die zum Schutz und Erhalt der Umwelt beitragen.

„Wesentliche Zukunftsthemen angepackt“

Professor Ernst-Detlef Schulze forscht über Ökosysteme, den Klimawandel und den Kohlenstoffkreislauf. Er ist Gründer und Direktor des Max-Planck-Instituts für Biogeochemie (BGC) in Jena und war lange Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung für globale Umweltfragen. 1998 baute er das Bayreuther Institut für Ökosystemforschung mit auf, das unter anderem Waldökosysteme untersucht. Die Stiftung lobte vor allem seine Funktion als „Wissenschaftsmanager“.

Hans Georg Huber ist Ingenieur und entwickelt mit seinem Maschinen- und Anlagenbauunternehmen in bayrischen Berching neue Technologien in der Wasserversorgung und Abwasseraufbereitung. Diese sind auf Entwicklungsländer ausgerichtet und werden weltweit eingesetzt. Die Umweltstiftung würdigte die umweltgerechte Produktion und verantwortungsvolle Personalpolitik der Firma Huber habe erkannt, dass Schwellenländer andere Technologien bräuchten als westliche Industrienationen. „Beide Preisträger haben wesentliche Zukunftsthemen angepackt, die uns alle in Zukunft noch stärker betreffen werden“, so die DBU. (fh) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Bundesstiftung Umwelt, (DBU), An der Bornau 2, 49090 Os-nabrück
Tel. 0541 / 9633-0, Fax -190
eMail: info@dbu.de
www.dbu.de

Neue Initiativen für das Ehrenamt

dieGesellschafter.de: Zivilgesellschaft soll Zukunft selbst bestimmen

Die Diskussion über die Zukunft der Gesellschaft will eine neue zivilgesellschaftliche Vernetzungsplattform voranbringen. Seit dem Frühjahr 2006 sind auf der Internetseite von „dieGesellschafter.de“ mehr als 45.000 Beiträge und Kommentare rund um die Frage „In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?“ eingegangen. Hinter dem Projekt stehen die Aktion Mensch sowie die Wohlfahrtsverbände, zahlreiche weitere Organisationen und das ZDF. Ziel ist es, den Menschen zu ermöglichen, sich die Diskussion um die Zukunft der Gesellschaft wieder anzueignen. Ein Förderprogramm unterstützt im Rahmen des Gesellschafter-Projektes Initiativen für mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Verbände können sich in bei „dieGesellschafter“ in eine Freiwilligendatenbank eintragen.

Faltblatt bündelt Ehrenamts-Erfahrungen im Naturschutz

Der Bund Naturschutz in Bayern (BN) hat im September ein neues Faltblatt „Ehrensache - aktiv für Mensch und Natur“ herausgebracht, das allen Ehrenamtlichen in Kreis- und Ortsgruppen Hilfestellung bei ihrem Engagement geben soll. Die Idee für das Faltblatt entstand während der Konzeption des so genannten „BN-Kreativ-Koffers“. Die Freiwilligen schilderten alle eine ähnliche Situation: Die Arbeit nimmt zu und meist werden die Aktiven werden immer weniger oder stagnieren. Das Faltblatt wurde unter der Mitwirkung von vielen Kreisgruppen-Vorsitzenden erstellt. Das Faltblatt ergänzt die Rubrik „Aktive“ im BN-Kreativkoffer. (mbu) ■

• Weitere Informationen

dieGesellschafter.de, c/o Aktion Mensch e.V., Heike Zirden, Heine-mannstr. 36, 53175 Bonn
eMail: info@aktion-mensch.de
Formular zum Eintrag in die Datenbank:
www.diegesellschafter.de/aktion/mitarbeiten/formular.php

Bund Naturschutz in Bayern, Dr.-Johann-Maier-Str. 4, 93049 Regensburg
Tel. 0941 / 29720-0, -11, Fax -30
eMail: info@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Lesenswert

Geschichte und Perspektiven des DNR

Die erste wissenschaftliche Studie über den viertgrößten deutschen Dachverband behandelt die Geschichte des Deutschen Naturschutzrings, seiner Reformierung vor dem Hintergrund des gesellschaftspolitischen Wandels und unterschiedlicher Interessen der Mitgliedsverbände sowie die aktuellen Herausforderungen. Der Autor, seit 1980 Generalsekretär des DNR, untersucht, mit welchen Konsequenzen der Verband seit der Gründung 1950 die Unterschiedlichkeit und Interessenvielfalt seiner Mitglieder berücksichtigte. Vor allem die Anfangszeit war von ausgeprägtem Binnenpluralismus gekennzeichnet. In den 80er Jahren positionierte sich der DNR zu Gunsten des Naturschutzes neu und mischt sich bis heute deutlich in die politische Auseinandersetzung ein. (mbu)

Helmut Röscheisen: „Der Deutsche Naturschutzring - Geschichte, Interessenvielfalt, Organisationsstruktur und Perspektiven“, Oekom Verlag, München 2006, 317 Seiten, 34,80 Euro, ISBN 3 86581 027 6; kostenloser Download:
<http://www-brs-ub.ruhr-uni-bochum.de/netahtml/HSS/Diss/RoescheisenHelmut>

Ratgeber Vereinspraxis

Der Ratgeber richtet sich an alle, die sich in Vereinen mit rechtlichen Problemen auseinandersetzen. Dies können ehrenamtliche Vorstände oder Mitarbeiter/innen oder auch hauptamtlich Beschäftigte sein. Der Ratgeber ist als Nachschlagewerk konzipiert, jedes Kapitel hat einen inhaltlichen Schwerpunkt. In der aktualisierten Auflage haben die Autoren die Rubriken Minijobs, Urteile im Bereich Gemeinnützigkeit, Aufwandsspesen, Altersteilzeit und Unfallversicherung überarbeitet. Außerdem haben sie den Ratgeber um die Bereiche Umwandlung von Vereinen, betriebliche Altersversorgung und Datenschutz ergänzt. Zum Buch kommt eine CD-ROM mit Mustertexten. Diese können direkt in ein Textverarbeitungsprogramm übernommen werden. (nh)

U. Köllner, D. Harant: Vereinspraxis, 4. Aufl., Wasserburg 2006, 210 S., 18,- Euro, ISBN 3-923126-94-8
■

„Ist da nicht sowieso schon überall Gentechnik drin?“

von Christof Potthof, Gen-ethisches Netzwerk

„Biopoli“ bringt das Thema Gentechnik-Landwirtschaft in die Schulen

Gentech-Konzerne setzen heute auf die finanzielle Unterstützung von Schulen. In Anbetracht von allenthalben leeren Kassen ist das eine nicht zu unterschätzende Strategie. Der Support reicht von der kostenlosen Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien über die Unterstützung beim Bau oder bei der Einrichtung von Sicherheitslaboren in Schulen bis zu der Fortbildung von Lehrer/innen und der Präsentation der Gen- und Biotechnologie in so genannten gläsernen Laboren.

Eine Antwort auf die Biotech-Trucks

Das Projekt Biopoli der BUKO Agrar-Koordination setzt dagegen in erster Linie auf den unmittelbaren Kontakt von kritischen Referent/innen mit Schülerinnen und Schülern beziehungsweise mit Jugendgruppen, die auf unterschiedliche Weise - in der Regel im Bereich Umwelt- und Naturschutz - politisch engagiert sind.

Ulrike Eder, eine der Koordinator/innen des Projekts, nennt auch die Biotech-Trucks als einen Anlass für die Projekt-idee. Diese waren Ende der 1990er Jahre mit staatlichen Mitteln auf die Straßen der Bundesrepublik gesetzt worden, um mit einem „Top-down-Ansatz“, wie Ulrike Eder es nennt, den Menschen und besonders der jungen Generation die Furcht vor Gen- und Biotechnologie zu nehmen.

Gerüchte aus der Wunschbox der Gentechnikindustrie

Heute müssen die Projektmitarbeiter/innen erst einmal mit einigen Gerüchten aus der Wunschbox der Gentechnikindustrie aufräumen. Denn die meisten Referentinnen und Referenten, die im Rahmen von Biopoli unterwegs sind, machen in den Veranstaltungen zunächst die gleiche Erfahrung: Die jungen Leute denken in aller Regel, dass „die Gentechnik doch sowieso schon überall drin“ ist. Natürlich in der Tomate und ebenso auch in Kartoffel und Apfel.

Dann ist bei vielen der im ganzen Bundesgebiet bereit stehenden Biopoli-Mitarbeiter/innen der erste Schritt in den Se-

minaren zu klären, was davon Realität und was eher der Wunschbox der Industrie entsprungen ist, die seit Jahren und immer wieder eben diese Sicht auf die Dinge zu lancieren versucht: Die Kritik oder der Widerstand entbehre erstens jeder Grundlage, da die gentechnischen Veränderungen nichts anderes seien als die Fortführung normaler Züchtung, und sei zweitens auch aussichtslos, da die Gentechnik „sowieso schon überall drin“ sei. Diese Strategie scheint auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein.

Allgemeine Skepsis gegenüber den Quellen von Informationen

Nichtsdestotrotz: Die Schülerinnen und Schüler und ebenso auch viele Lehrer/innen sind, was ihre Erwartungen an die Gentechnik in der Nahrung angeht, eher skeptisch, was durchaus im Sinne des Projektes ist. Allerdings ist nicht unumstritten, wie deutlich die Argumente der Gegenseite von den Referent/innen des Projekts vorgestellt werden sollen. Dabei kann zugleich nicht die Rede davon sein, dass in den Schulen und den anderen Gruppen die Biopoli-Einschätzungen unkritisch übernommen werden. Die Erfahrungen zeigen vielmehr eine durchaus kritische Auseinandersetzung mit den Quellen von Informationen. Das gilt sowohl für das Biopoli-Programm als auch für die in manchen Schulen oder Klassen im Unterricht zum Einsatz kommenden Materialien der Gen- und Biotech-Industrie.

Themenspektrum wird nicht eingeeengt

Eine der Stärken der Konzeption von „Biopoli“ ist sicher, dass die Themen nicht auf sehr spezielle Fragestellungen reduziert werden. Neben den immer wieder gern genutzten Veranstaltungsangeboten zur Gentechnik, deren Attraktivität mit großer Wahrscheinlichkeit in der aktuellen Debatte begründet ist, werden auch andere Fragen angesprochen: Hierzu zählen die Themen Biodiversität und Welthandel sowie nicht zuletzt Aspekte aus der Entwicklungszusammenarbeit, dem Hauptarbeitsgebiet der BUKO Agrar-Koordination.

Das Projekt wurde unlängst zwei Jahre alt und noch immer ist ein großer Bedarf zu erkennen, wie Ulrike Eder berichtet. Bisher sind im Rahmen von etwa 200 Veranstaltungen mehr als 4.000 Jugendliche und junge Erwachsene erreicht worden.

Ungelöste Frage: Was können Einzelne tun?

Eher resignierte Töne hört man, wenn die Rede auf die konkreten Umsetzungsmöglichkeiten für das Gelernte kommt. Bleibt doch den Referent/innen selten anderes übrig als die Empfehlung von Bioprodukten, Waren aus fairem Handel oder regionaler Vermarktung. Hier zeigt sich aber dann, dass bei den meisten der jungen Leute - und auch bei ihren Familien - der Geldbeutel im Einkaufskorb das Sagen hat. ■ ▼

Der Autor ist Biologe, Mitarbeiter des Gen-ethischen Netzwerks (GeN) und Redakteur beim Gen-ethischen Informationsdienst (GID).

• Weitere Informationen

und bundesweite Vermittlung von Referent/innen:

Projekt Biopoli, Ulrike Eder, c/o BUKO Agrar Koordination/FIA e.V., Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg
Tel. 040 / 39-2526, Fax -900629
eMail: info@bukoagrar.de
www.bukoagrar.de/12.0.html

Biopoli-Projektmappe, 48 S., 6,- Euro; Hrsg./Bezug: BUKO Agrar Koordination/FIA e.V. (s.o.)

Gen-ethisches Netzwerk (GeN), Christof Potthof, Brunnenstr. 4, 10119 Berlin
Tel. 030 / 68-57073, Fax -41183
eMail: christof.potthof@gen-ethisches-netzwerk.de
www.gen-ethisches-netzwerk.de

Schwerpunkt Jugend und Gentechnik, in: Gen-ethischer Informationsdienst (GID) 177, Aug./Sept. 2006, 68 S., 6,50 Euro zzgl. Porto; Hrsg./Bezug: GeN (s.o.); Inhalt und Textauszüge: www.gen-ethisches-netzwerk.de/gid/TEXTE/ARCHIV/PRESSEDIENST_GID177/SCHWERPUNKT177.HTML

Deutsche Düngeverordnung scheidet bei EU-Kommission

Vertragsverletzungsverfahren könnte Berlin Millionen von Euro kosten

Der BUND hat sich zufrieden mit der Entscheidung der EU-Kommission gezeigt, die deutsche Düngeverordnung abzulehnen. Die Verordnung sollte dem Schutz der Gewässer vor Überdüngung dienen. Anfang August erhielt die Bundesregierung ein Mahnschreiben aus Brüssel, in dem EU-Umweltkommissar Stavros Dimas bemängelte, die Verordnung enthalte zu viele Ausnahmen und Lücken. Der Umweltkommissar kündigte Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren an, das Strafen in Millionenhöhe nach sich ziehen könnte.

Kritik: zu viele umweltschädliche Ausnahmen

Mit der Verordnung sollte die EU-Nitratrichtlinie, also u. a. der EU-Grenzwert für die Ausbringung von Gülle, in deutsches Recht umgesetzt werden. Die Hauptkritikpunkte sowohl des BUND als auch der Kommission: Für das Ausbringen von Dünger wurde kein eindeutiger Mindestabstand zu Flüssen und Seen festgelegt; für das Auswaschen von Nährstoffen wie Nitrat und Phosphat ins Grundwasser war kein Minimierungsgebot enthalten. Außerdem fehlten eindeutige Düngeverbote bei Überschwemmungen und für den Winter, wenn die Pflanzen keine Nährstoffe aufnehmen.

In der deutschen Düngeverordnung wurden auch die Ammoniakemissionen aus Schweine- und Geflügelställen in der Verordnung nicht berücksichtigt. Damit solle die schlechte Nährstoffbilanz der umweltschädlichen Massentierhaltung bewusst verfälscht werden, vermutet der BUND. Die Verordnung von Bundesverbraucherminister Horst Seehofer hätte weder Umwelt noch Verbraucher vor zuviel Nitrat und Phosphat in Grund- und Trinkwasser geschützt. (mbu) ■

• Weitere Informationen

BUND, Agrarexpertin Reinhild Benning, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 27586-481, Fax -449
eMail: presse@bund.net
www.bund.net

Geheimer Genmaisbau zwischen 1998 und 2004

Offenbar viel mehr Gentechnik-Experimente als angenommen

In Nordrhein-Westfalen ist sechs Jahre lang der versuchsweise Anbau von genmanipuliertem Mais geheim gehalten worden. Im August wurden diese Versuche durch Zufall bekannt. Das Bundessortenamt war darüber informiert, hatte aber diese Information nicht an das Landwirtschaftsministerium in Düsseldorf weitergegeben. Das war jedoch legal, denn das Gentechnikgesetz schreibt erst seit 2005 vor, alle Standorte, an denen Gen-Pflanzen angebaut werden, in einem öffentlichen Register aufzuführen. Eine Nachmeldung war nicht erfolgt.

Für Umweltorganisationen und Öko-Erzeugerverbände Bioland war die Geheimhaltung dennoch Anlass zur Kritik. Die Ökobauern und ihre konventionellen Kollegen in der Region seien massiv verunsichert über die späte Aufklärung eines Mitarbeiters des Bundessortenamtes, sagte der Präsident von Bioland Thomas Dosch. Der Fall zeige, wie wichtig der Fortbestand eines transparenten Standortregisters im deutschen Gentechnikrecht sei.

Geheimniskrämerei beenden

Bioland und der BUND forderten das Bundesagrarministerium auf, die Öffentlichkeit über den geheimen Anbau von Gen-Mais aufzuklären. Alle Standorte von Gentechnik-Pflanzen der Jahre 1998 bis 2004 müssten offen gelegt werden. Außerdem verlangten die Verbände Klarheit über den Kenntnisstand von staatlichen Behörden und anderen Institutionen.

Das bundesweite Ausmaß des Geheimanbaus ist vermutlich noch größer: Nach Informationen von Bioland prüfte das Bundessortenamt von 1998 bis 2005 insgesamt 32 gentechnisch veränderte Maisarten an jährlich bis zu 18 Standorten. Die genauen Standorte bis 2004 und die Begleitumstände sind aber weiter geheim. Offen ist auch, in welchem Maße weitere Bundesländer betroffen sind. (mbu) ■ ▼

• Weitere Informationen

Bioland, Kaiserstr. 18, 55116 Mainz
Tel. 06131 / 23979-17, Fax -27
eMail: presse@bioland.de
www.bioland.de

„Gen-Weizen gefährdet Erbe der Menschheit“

Geplante Freisetzung neben Genbank-Freiflächen - 27.000 Einwendungen

Das Umweltinstitut München hat Mitte September dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) mehr als 27.000 Einwendungen gegen den geplanten Anbau von gentechnisch verändertem Weizen in Sachsen-Anhalt überstellt. Auch NABU, BUND und weitere Verbände protestierten gegen den Pflanzversuch zu Forschungszwecken, den das Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) in Gatersleben (Sachsen-Anhalt) beantragt hat. Der Versuchsacker des IPK liegt in unmittelbarer Nähe zu den Anbauflächen einer der weltgrößten Genbanken. Dort lagern Tausende alter Weizensorten, die zur Erhaltung immer wieder auch im Freiland angebaut werden müssen.

Freisetzungsversuch könnte hunderte alter Weizensorten kontaminieren

Eine gentechnische Verunreinigung dieses „Menschheitserbes“ durch Pollenflug oder Verschleppung durch Tiere wäre ein uneretzlicher Verlust für künftige Züchtungsanstrebungen, warnte das Umweltinstitut. Alte Sorten, so genannte Herkünfte, enthalten vielfach Resistenzen gegen verschiedene Krankheiten und klimatische Bedingungen wie Trockenheit oder salzige Böden. Experten bezeichnen sie daher als „Lebensversicherung der Menschheit“.

Der genmanipulierte Weizen soll den Proteingehalt des Korns erhöhen und angeblich als Futterpflanze eingesetzt werden. In der EU erfolgt die Zulassung von Genpflanzen aber gleichzeitig für Futter- und Lebensmittel. Daher befürchten das Umweltinstitut München und die Umweltverbände, dass es bei dem Weizen-Versuch auch um die menschliche Ernährung geht. Weltweit gibt es bisher keinen zugelassenen genmanipulierten Weizen. (mbu) ■ ▼

• Weitere Informationen

Umweltinstitut München, Gentechnik-
experte Andreas Bauer, Landwehrstr.
64 a, 80336 München
Tel. 089 / 3077 49-0, Fax -20
eMail: ab@umweltinstitut.org
www.umweltinstitut.org

Berlin unterstützt nun doch EU-Transparenzforderung

Bundesregierung: Brüssel soll Subventionsempfänger veröffentlichen

Vor der Abstimmung im EU-Ministerrat am 20. September haben sich die zuständigen Ministeriumsvertreter in Berlin darauf geeinigt, die Transparenzinitiative der EU-Kommission zu unterstützen. Ohne Einschränkungen sollen demnach die Empfänger staatlicher Beihilfen mit den entsprechenden Summen benannt werden. Allerdings soll nach dem Willen der Bundesregierung die EU-Kommission die Veröffentlichung übernehmen, nicht die Mitgliedstaaten selbst.

Nach Auffassung der „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“, der über 30 Verbände angehören, spielt die Bundesregierung damit auf Zeit. Die Initiative hatte im September mit einer Postkartenaktion Wirtschaftsminister Glos und Landwirtschaftsminister Seehofer aufgefordert, den Bürger/innen uneingeschränkt Einblick in die staatliche Geldverteilung zu gewähren.

Datenschützer für Kontrolle

Die Initiative lobte zwar die Entscheidung der Regierung, verlangte aber gleichzeitig, dass die vom Bundesbeauftragten für Datenschutz benannten zusätzlichen Informationen bereitgestellt werden. Dazu gehören aus Sicht der Initiative und des Datenschutzbeauftragten Angaben über die Größe des Betriebes, die Zahl der Arbeitsplätze und die Art der Bewirtschaftung (konventionell, ökologisch, artgerechte Tierhaltung). Damit könne kontrolliert werden, ob bei der Förderung alle potenziellen Fördermittelempfänger in gleicher Weise berücksichtigt wurden, argumentierte der Datenschutzbeauftragte. (mbu) ■ ▼

• **Weitere Informationen**

WWF Deutschland, Tanja Dräger de Teran, Referentin für internationale Agrarpolitik, Große Präsidentenstr. 10, 10178 Berlin
Tel. 030 / 308742-13
eMail: draeger@wwf.de
www.wwf.de

Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen
www.wer-profitiert.de

Scharfe Kritik an mangelnder Verbraucherinformation

Agrarminister beschließen verbesserte Lebensmittelkontrollen

Im September haben sich Bund und Länder auf einheitliche Standards für die Kontrolle von Lebensmitteln geeinigt. Eine Sonderkonferenz der Verbraucherminister beschloss eine Liste mit 13 Punkten, die künftig eine gute Fleischqualität garantieren soll. Nach dem Willen der Verbraucherminister sollen die Lebensmittelkontrollen bundesweit verbessert werden. Durch ein länderübergreifendes Qualitätsmanagement sollen Betriebe nach Risiko bewertet werden. Die Lebensmittelüberwachung ist Ländersache und wird überall unterschiedlich gehandhabt.

Lebensmittelkontrolleure fordern mehr Aufwändungen

Auch die Kontrollbehörden sollen in Zukunft durch ein Audit kontrolliert werden, hieß es bei der Konferenz. Für eine effektivere Lebensmittelkontrolle ist im Gespräch, bundesweit verbindliche Inspektionshäufigkeiten für Lebensmittelbetriebe vorzuschreiben. Der Bundesverband der Lebensmittelkontrolleure forderte, mehr Kontrolleure einzusetzen, damit die Vorgaben erfüllt werden können.

Eine weitere Maßnahme der 13-Punkte-Liste ist die konsequentere Ausschöpfung des Strafrahmens gegen den Betrug an Verbrauchern. Für Lebensmittelunternehmer wird eine Sachkundeprüfung erwogen. Bisher kann jeder mit Lebensmittel handeln - ohne Sachkundenachweis.

Betriebsgeheimnis hat weiter Vorrang vor Verbraucherinteresse

Bund und Länder diskutierten auch über das umstrittene Verbraucherinformationsgesetz, das aber am 22. September unverändert im Bundesrat verabschiedet wurde. Es soll unter anderem die Veröffentlichung betroffener Firmen erleichtern. Genau dies bezweifeln jedoch Verbraucher- und Umweltverbände, Grüne, Linkspartei und Teile der SPD. Das Gesetz habe Lücken bei der Veröffentlichungspflicht. Den Behörden blieben zu große Ermessensspielräume und die Verbraucher/innen würden nicht erfahren, an welchen Stellen verdorbene Lebensmittel in den Handel kommen, so die Kritik des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen (vzbv).

Vier von fünf Kund/innen befürworten Nennung der Firmennamen

Unternehmen können die Namensnennung unterbinden, indem sie sich auf das Geschäftsgeheimnis berufen. Die Verbraucherorganisation Foodwatch forderte deshalb das Prinzip „name and shame“, das beispielsweise in Dänemark oder Großbritannien große Wirkung zeigte. Firmen, die grob gegen die Lebensmittelvorschriften verstoßen, werden dort öffentlich genannt und in der Folge von den Kunden gemieden. Nach einer Forsa-Umfrage unterstützt eine große Mehrheit von 81 Prozent der Bevölkerung die Namensnennung von Firmen, die altes oder verdorbenes Fleisch verarbeiten oder weiterverkaufen. (mbu) ■ ▼

• **Weitere Informationen**

Foodwatch, Brunnenstr. 181, 10119 Berlin
Tel. 030-28093995, Fax -24047626
eMail: info@foodwatch.de
www.foodwatch.de

Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Markgrafenstr. 66, 10969 Berlin
Tel. 030 / 25800-0, Fax -518
eMail: info@vzbv.de
www.vzbv.de

Nanotechnologie auf dem wissenschaftlichen Prüfstand

Hintergrundpapier des UBA gibt Handlungsempfehlungen

Ende August hat das Umweltbundesamt (UBA) eine Hintergrundinformation über Chancen und Risiken der Nanotechnologie für Mensch und Umwelt veröffentlicht. Darin werden der aktuelle Wissensstand über Umweltentlastungspotenziale zusammengefasst, Risiken aufgezeigt und Handlungsempfehlungen formuliert.

Nanopartikel sind kleiner als 100 Nanometer und damit mehr als 1.000-mal kleiner als der Durchmesser eines Menschenhaares. Sie sind in immer mehr Produkten des täglichen Bedarfs enthalten: In Sonnencremes schlucken Nanoteilchen UV-Strahlen, sie machen Textilien Schmutz abweisend und lassen Leder nach Leder riechen. Aus Umweltsicht kann Nanotechnik aber auch positive Effekte haben. So gibt es Anwendungen, durch die Rohstoffe und Energie eingespart oder Umweltschutztechniken verbessert werden können.

„Erhebliche Sicherheitsrisiken“

Über mögliche Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt ist nur wenig bekannt. So steht die Nano-Sonnencreme im Verdacht, Nervenzellen zu schädigen. Laut UBA-Bericht bestehen erhebliche Sicherheitsrisiken. Das gilt vor allem für Nanoteilchen im Essen. Der Darm kann „unlösliche Partikel aufnehmen, so dass diese ins Lymphsystem gelangen. Von dort können die Partikel ins Blut übertreten und sich im Körper verteilen“. Weder für die orale Aufnahme von Nanopartikeln noch für den Einfluss auf Mensch und Umwelt allgemein existiert laut UBA eine valide Risikobewertung. Auch eine Kennzeichnungspflicht für Nanoprodukte gibt es nicht, so dass diese meist unerkannt in den Handel gelangen. (mbu) ■ ▼

• Weitere Informationen

Umweltbundesamt (UBA), Wörlitzer Platz 1, 06844 Dessau/Anhalt
Tel. 0340 / 2103-0
eMail: pressestelle@uba.de
www.umweltbundesamt.de

UBA-Papier (PDF, 22 S., 180 kB):
www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/hintergrund/nanotechnik.pdf

Kurzmeldungen

Illegaler Genreis aus China im Handel

Anfang September hat Greenpeace in Asia-Läden und Restaurants in Deutschland und anderen EU-Ländern gentechnisch verunreinigten Reis aus China entdeckt. In Deutschland handelt es sich um die Marke Swallow Sailing. Laut Greenpeace kann dieser Reis beim Menschen Allergien auslösen. Er produziert einen Giftstoff, der bestimmte Schädlinge vernichten soll. Der Genreis ist weltweit nicht zugelassen und wurde in China illegal angebaut. Im August hatte die EU-Kommission den Import von Langkornreis aus den USA eingeschränkt, weil in Lieferungen Spuren gentechnischer Verunreinigung gefunden wurden (siehe EUR 10.06, S. 17). Dabei handelte es sich um den nicht genehmigten LLRice 601 von Bayer CropScience. (mbu)

● Greenpeace, Hamburg, Tel. 040 / 30618-255, www.greenpeace.de

Offener Brief zur Neufassung des Gentechnikgesetzes

Zahlreiche Umwelt- und Verbraucherverbände sowie Landwirte, Unternehmen der Biobranche und gesellschaftliche Organisationen haben im Juli in einem Offenen Brief gefordert, die gentechnikfreie Landwirtschaft, Umwelt und Gesundheit zu schützen. Die Unterzeichner, darunter DNR, BUND und NABU, appellierten an den Gesetzgeber, zentrale Punkte im Gentechnikgesetz zu regeln. Die Kontamination müsse gestoppt und Transparenz hergestellt werden. Außerdem müssten die Verursacher von gentechnikbedingten Schäden auch dafür haften. Anfang Juni wurden Einzelheiten aus einem Grundsatzpapier zur Gentechniknovelle bekannt, wonach der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen erleichtert werden soll (DRB 07/08.06, S. 7). (mbu)
Offener Brief (PDF-Download, 360 kB):
www.dnr.de/publikationen/news?id=84

Feldbefreier/innen fordern Aktionen als straffreie Handlung zu werten

Die Skandale um die Kontaminierung von Nahrungsmitteln mit gentechnisch verändertem Reis in den vergangenen Wochen sind nach Ansicht der „Freiwilligen Feldbefreier/innen“ aus Gießen (Hessen) ein Beleg dafür, dass die Anwendung von Gentechnik gesetzeswidrig ist. Das Gentechnikgesetz verlange nämlich die Garantie der Koexistenz zwischen gentechnikfreier und genmanipulierender Agrarpro-

duktion, so die Gruppe. Die jüngste Kontamination mit Genreis zeige, dass das nicht möglich ist. Die Gießener Gentechnikgegner/innen legten Beschwerde gegen die Verhaftung von vier Aktivisten im Frühjahr 2006 ein, die ein Gen-Feld zerstört hatten. Ein Feld mit gentechnisch manipulierten Pflanzen zu zerstören sei „keine strafbare Handlung, weil das Feld rechtswidrig ist“. (mbu)

Quelle: ECO-News, 19.09.06



Lesenswert

Die Joghurt-Lüge: Unappetitliche Geschäfte der Lebensmittelindustrie

„Moderne Lebensmittel sollen uns gesund halten, schmecken und für wenig Geld zu haben sein.“ Das ist nach Auffassung der Autor/innen der Wunsch der meisten Verbraucher/innen. Dass das Gesundheitsversprechen der Lebensmittelindustrie in der Regel ein Trugschluss ist, entlarven Vollborn und Georgescu in sechs Kapiteln, die Fakten über Nahrungsmittel, Zusatzstoffe und ernährungsbedingte Krankheiten liefern, aber auch von den Verführungsstrategien der Food-Konzerne und der Macht der Verbraucher handeln. Die meisten Lebensmittel gefährden Gesundheit und Psyche der Konsumenten, so die These der Verfasser. Sie erläutern u. a. den Zusammenhang zwischen Essgewohnheiten und dem Intelligenzquotienten und konstatieren auch eine höhere Sterblichkeit durch veränderten Nahrungsmittelkonsum. Die meisten Gesetze zur Lebensmittelsicherheit seien unwirksam. Bei den Lebensmittelskandalen dominierten Desinformation und Geheimhaltung: So geht es im Kapitel „Verschluss-sache BSE“ um Lücken im Kontrollsystem für Fleisch. Nanotechnik im Essen sehen die Autor/innen besonders kritisch: Die Erkenntnisse über Nanofood seien noch ungesicherter als die Langzeitfolgen des Genfood-Konsums. Für Nano-Nahrung gebe es weder Modelle zur Risikobewertung noch Studien oder Gesetze, die den Einsatz regeln und Verbraucher schützen. Das Buch ist wissenschaftlich fundiert und verständlich geschrieben. Ihren Titel erhielt „Die Joghurt-Lüge“ von einem der bekanntesten veränderten Lebensmittel, dem probiotischen Joghurt, dessen gesundheitsfördernde Wirkung längst nicht wissenschaftlich erwiesen ist. (mbu)

Marita Vollborn, Vlad Georgescu: Die Joghurt-Lüge - Die unappetitlichen Geschäfte der Lebensmittelindustrie, Campus Verlag Frankfurt/M. 2006, 336 S., 19,90 Euro, ISBN 3-593-37958-9

Patienten in Gefahr: Gentechnik verdrängte tierisches Insulin

Typ-I-Diabetiker/innen können nicht überleben, ohne Insulin zu spritzen. Jahrzehntelang wurde gereinigtes tierisches Insulin auf dem Markt angeboten. Doch seit den 80er Jahren wurde es zugunsten gentechnisch hergestellter Insuline vom Markt verdrängt - zum Schaden von Diabetikern,

die synthetisch hergestellte Humaninsuline und Analoga nicht vertragen und mit heftigen, teils tödlichen Nebenwirkungen reagieren. Die Patienten kämpfen darum, tierisches Insulin aus dem Ausland importieren zu dürfen, stoßen aber auf Unverständnis und Ignoranz bei Ärzten und Krankenkassen, da synthetisches Insulin offiziell als Paradebeispiel für gelungene Gentechnik gilt. Das Buch zeigt mit Patientenberichten, wie Ärzte und Krankenkassen sich offensichtlich dem Vermarktungssystem der Pharmaindustrie unterwerfen und die Kranken mit ihren Nöten nicht ernst nehmen. (GID/mb)

Eva Fritzsche/Sabine Hancl (Hrsg.): Tierisches Insulin - Ein bewährtes Medikament in der modernen Diabetestherapie, trafo-Verlag, Berlin 2006, 101 S., 9,80 Euro, ISBN 3-89626-616-0

Macht der Döner wirklich schöner? - Lernhilfe Ernährung und Bewegung

Dieses Heft erscheint zwar passend zum Gammelfleisch-Skandal, ist aber eine seriös gemachte Lernhilfe zum Thema „Ernährung und Bewegung“. Vor allem für Schüler und Lehrer der Sekundarstufe I sind die 50 Seiten ein Gewinn. Anders als die vielen Materialien, die der übergewichtigen und bewegungsfaulen Fast-Food-Generation oberlehrerhaft gegenüber treten, stellt die Diplombiologin Heike Bleuel die Schüler nicht an den Pranger, sondern versucht ihnen mit einem „Perspektivenwechsel“ einfühlsam zu begegnen. Ihr gelingt es damit, auf die Zwänge, Nöte und Fragen der Schüler passgenau einzugehen. Die didaktisch gut gemachte und fachlich präzise Lernhilfe besticht durch scheinbar einfache Fragen und eine trefende Antwortskala, die die Schüler zum Weiterdenken motiviert. Das Heft ist für den Projektunterricht sehr gut geeignet, weil es querschnittsorientiert ist und einen bewussteren Zugang zum (notwendigen) Essen schafft. Mit Witz und Charme, alltagsgerecht und problemspezifisch werden drängende Fragen des Wohlfühlens und der Gesundheit angesprochen und verständlich beantwortet. Auf die anscheinend alles entscheidende Frage „Macht der Döner wirklich schöner?“ gibt Bleuel eine diplomatische Antwort: Gegenüber Pizza und Hamburger ist der Döner gesünder, weil er die meisten Vitamine und Mineralstoffe und den höchsten Anteil an frischem Salat und Rohkost enthält. Damit können Schüler gut leben - und bleiben

offen für weitere Fragen zur wirklich gesunden Ernährung. Hierauf sollte ein Folgeheft bald noch ausführlicher eingehen. (Edmund A. Spindler)

Heike-Solweig Bleuel: Macht der Döner wirklich schöner? - Ernährung und Bewegung, AOL-Verlag, Lichtenau 2006, 48 S. (A4-Arbeitsvorlagen), 13,95 Euro, ISBN 3-86567-432-1

■

Handy-Effekte möglicherweise nutzerabhängig

Studie: Lebende Zellen reagieren auf Mobilfunkstrahlung unterschiedlich

Lebende Zellen reagieren auf Mobilfunkstrahlung abhängig von ihrem genetischen Aufbau. Zu diesem Schluss kam Mitte August eine finnische Studie, die vermuten lässt, dass die möglichen negativen Effekte von Handys auf die Gesundheit von Person zu Person unterschiedlich sein könnten. Dies könnte auch erklären, warum es bisher so selten möglich war, bestehende Studien zu konkreten Gesundheitsauswirkungen von Mobiltelefonen miteinander zu vergleichen.

Nur bedingt auf Menschen übertragbar

Kritiker meinen jedoch, dass der Test mit den Zellkulturen nicht unbedingt auch auf den Menschen übertragen werden könne. Studien im zellulären Bereich könnten nicht als Beweis für Effekte am lebenden Menschen verwendet werden, sagte Chiyoji Ohkubo, Physiologe bei der Weltgesundheitsbehörde und Experte für elektromagnetische Felder. Dariusz Leszczynski, Autor der Studie und Leiter der Strahlenbiologie-Abteilung der Nuklearsicherheitsbehörde in Helsinki, stimmte dem zu. Er betonte jedoch auch, dass seine Studie helfe, biologische Mechanismen zu verstehen und somit die Basis für eine groß angelegte Langzeitstudie sein könne. (fh) ■

• Weitere Informationen

Nuklearsicherheitsbehörde Finnland, Abteilung Strahlenbiologie, Leiter Dariusz Leszczynski, Helsinki
Tel. 00358 9 / 75988694
eMail: dariusz.leszczynski@stuk.fi
www.stuk.fi/tutkimus/units/en_GB/radiation_biology

Quelle: Technology Review, 14.08.06

Mangelnde Unabhängigkeit von Mobilfunkstudien

Untersuchung: Studien-Ergebnisse hängen von der Finanzquelle ab

Mitarbeiter der Institute für Sozial- und Präventivmedizin der Universitäten Bern, Basel und Bristol haben Mitte September in der Zeitschrift „Environmental Health Perspectives“ eine Übersicht über Studien zu Gesundheitseffekten beim Gebrauch von Mobiltelefonen veröffentlicht. Sie wollten feststellen, ob ein Zusammenhang zwischen dem Ergebnis der jeweiligen Studie und ihrer Finanzquelle besteht. Für diese Untersuchungen wurden Resultate und Qualität aller experimentellen Studien analysiert, die zwischen 1995 und 2005 veröffentlicht wurden.

Industriefinanzierte Studien berichteten seltener von Effekten

Insgesamt waren 12 von 59 Studien von der Industrie gefördert, 11 von öffentlichen Stellen, 14 gemischt und 22 legten nicht offen, wer die finanzielle Unterstützung für die Studie geleistet hatte. Industriefinanzierte Studien berichteten dabei seltener von Effekten der Mobilfunkstrahlung als andere Studien. Gemischt finanzierte Untersuchungen wiesen die höchste Qualität auf und berichteten gleich häufig von Effekten wie öffentlich finanzierte Studien.

Die Forscher nannten es bedenklich, wenn Unterschiede in den Resultaten auf die Finanzierungsart zurückzuführen sind und nicht mit der Methodik erklärt werden können. Mitautor Professor Matthias Egger forderte, dass bei industriefinanzierten Studien die Rahmenbedingungen so gesichert werden müssten, dass ein Einfluss der Geldgeber ausgeschlossen werden könne. (fh) ■

• Weitere Informationen

Prof. Matthias Egger, Institut für Soziale und Präventive Medizin, Universität Bern
Tel. 0041 31 / 63135-01, Fax -20
eMail: egger@ispm.unibe.ch

Studie:

www.ehponline.org/docs/2006/9149/abstract.html

Koalition streitet um Suche nach Atommüll-Endlager

Union will keinen Atommüll in von ihr regierten Ländern

In der Großen Koalition gibt es einen Disput um die Suche nach einem atomaren Endlager. Der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber will den Plan von Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) stoppen, nach Alternativen zum Atommüll-Endlager im niedersächsischen Gorleben zu suchen. Der bayerische Ministerpräsident plädierte laut Presseberichten vom September dafür, die Untersuchungen zur Endlagerung in Schacht Konrad und Gorleben abzuschließen und in der Koalition eine Entscheidung zu treffen.

Offenbar wollen CDU und CSU verhindern, dass in den unionsregierten Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg Probebohrungen begonnen werden. Stoiber argumentierte mit „Mehrkosten und Verzögerungen“, die eine weitere Endlagersuche mit sich brächte. Außerdem seien in den letzten Jahrzehnten erhebliche Summen in die Umrüstung des Salzbergwerks zu einem Endlager investiert worden.

Umweltverbände: Gorleben garantiert keine Langzeitsicherheit

Im Bundesumweltministerium (BMU) wird seit Monaten an einem Endlagerkonzept gearbeitet, das im Herbst vorgelegt werden soll. Der BUND und weitere Umweltverbände befürworten die Prüfung alternativer Standorte durch das BMU und lehnen - ebenso wie die Anti-Atom-Bewegung - die Endlagerung von radioaktivem Abfall in dem ehemaligen Salzbergwerk in Gorleben ab. Der Union werfen die Verbände und Initiativen vor, mit ihrem Beharren auf einem Atomendlager in Gorleben die dort vorhandenen Sicherheitsrisiken zu ignorieren. Geologische Gutachten hätten ein zu schwaches Deckgebirge und Verbindungen zum Grundwasser nachgewiesen. Für ein Endlager in Gorleben könne die erforderliche Langzeitsicherheit somit nicht gewährleistet werden.

Sicherheit für mehrere hunderttausend Jahre nicht garantierbar

Laut BUND fehlen bisher verbindliche Kriterien, mit denen potenzielle Endlagerorte verglichen und auf ihre Sicherheit überprüft werden können. Das angekündigte Endlagersuchgesetz müsse diese wissenschaftlichen Kriterien enthalten. Selbst

dann könne niemand garantieren, dass ein gefundener Endlagerstandort für einen Zeitraum bis zu einer Million Jahren sicher sei. Es gehe lediglich darum, den vergleichsweise am besten geeigneten Ort zu suchen. Die Umweltverbände fordern, dass alle Kosten für die Suche nach einem Atomendlager von den AKW-Betreibern getragen werden. Diese hätten mit ihren Reaktoren lange Zeit viel Geld verdient.

Atomgesetz ermöglicht AKW-nahe Mülllagerung und längere Laufzeiten

Nach dem Atomgesetz mussten die Betreiber mehrere Jahrzehnte lang lediglich „Fortschritte bei der Endlagerung“ nachweisen. Mit dem unter Rot-Grün beschlossenen Atomausstieg wurde für den Atommüll die kraftwerksnahe Lagerung festgelegt: Mit den neuen Zwischenlagern an den AKW-Standorten kann die Industrie den Atommüll neben den Kraftwerken in Castor-Behältern in einfachen Lagerhallen abstellen. Trotz des nicht vorhandenen Endlagers können so die Atomkraftwerke viele Jahre weiter betrieben werden.

(mbu) ■ ▼

• Weitere Informationen

BUND, Energiereferent Thorben Becker, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-421, Fax -440
eMail: thorben.becker@bund.net
www.bund.net

Störfall im AKW Biblis A

Reaktor-Schnellabschaltung bei Prüfungsarbeiten

Nach Angaben der hessischen Atomaufsicht kam es am 15. September im Atomkraftwerksblock Biblis A zu einer Reaktor-schnellabschaltung. Während einer Funktionsprüfung des elektrischen Teils der Anlage sei es während des Abfahrens des Kraftwerks zur Jahresrevision zum Öffnen eines Leistungsschalters gekommen. Dadurch wurde die Spannungsversorgung vom Hauptnetz getrennt. Die anschließende Stromversorgung sei über die automatische Zuschaltung des Reservenetzes erfolgt. Danach wurde noch eine Turbinenschnellabschaltung per Hand ausgelöst, woraufhin es zur automatischen Reaktorschnellabschaltung kam.

Umweltverbände verlangen Auskunft

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und weitere Umweltverbände verlangten vom hessischen Umweltministerium Auskunft über die Umstände der Schnellabschaltung. Die DUH wollte wissen, ob die Funktionsprüfungen im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des Störfalls im schwedischen AKW Forsmark standen. Außerdem fragte die DUH die hessische Atomaufsicht, wie sie die Tatsache bewerte, dass es bei der Funktionsprüfung zu einer Reaktor-schnellabschaltung gekommen ist.

RWE beantragt Laufzeitverängerung

Das AKW Biblis gehört nach Darstellung der DUH „zu den umstrittensten Reaktoren in Deutschland u. a. wegen seines mangelnden Schutzes gegen Flugzeugabstürze und des Fehlens einer verbunkerten Notstromwarte. Biblis A gehört zu den Reaktoren, die in Folge des Atomausstiegsgesetzes in dieser Legislaturperiode stillgelegt werden soll. Der Betreiber RWE will das Kernkraftwerk länger am Netz lassen und hat beim Bundesumweltministerium einen entsprechenden Antrag gestellt. Die Umweltverbände nahmen dies zum Anlass, eine massive bundesweite Stromwechsellkampagne zu starten (siehe nächste Seite). (mbu) ■

• Weitere Informationen

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77
eMail: info@duh.de
www.duh.de

Deutsche Umweltverbände rufen zum Stromwechsel auf

Bündnis „Atomausstieg selber machen“ gegründet

Führende Umweltverbände und Verbraucherschutzorganisationen rufen die atomkritische Mehrheit in Deutschland auf, ihre Verträge mit den Atomstromproduzenten zu beenden und massenhaft zu atomstromfreien Anbietern zu wechseln.

Reaktion auf Antrag von RWE zur Restlaufzeit-Verlängerung

Privathaushalte, Gewerbe und Unternehmen sollen so gegen die einseitige Aufkündigung des Atomkonsenses durch den Essener Stromriesen RWE und die anderen drei Atomstromproduzenten Eon, Vattenfall und EnBW vorgehen. Die Organisationen, die zusammen mehrere Millionen Mitglieder haben, reagieren mit ihrem Aufruf auf den Antrag von RWE, den ältesten Atomreaktor in Deutschland, das AKW Biblis A, mindestens drei bis vier Jahre länger zu betreiben als im Atomausstiegsgesetz vorgesehen (siehe auch vorhergehender Beitrag).

„Fünf Minuten für den Wechsel“

Über eine eigens eingerichtete Internetseite und über eine Ökostrom-Infoline ● sowie durch persönliche Gespräche sollen in den kommenden Wochen und Monaten die rund zwei Drittel der Bevölkerung angesprochen und informiert werden, die nach jüngsten Umfragen der Atomenergie ablehnend gegenüberstehen, bisher aber noch nicht den Stromanbieter gewechselt haben. „Erteilen Sie dem Wortbruch der Konzerne eine angemessene Antwort. Es kostet Sie fünf Minuten“, heißt es in dem bisher von neun Organisationen, Verbänden und Initiativen unterzeichneten Aufruf.

Zusammenschluss von Umwelt- und Verbraucherorganisationen

Koordiniert von der Deutschen Umwelthilfe haben sich für die Stromwechsel-Initiative bisher neun Organisationen zusammengeschlossen. Mit dabei sind DNR, Naturschutzbund, BUND, Robin Wood, Greenpeace, Bund der Energieverbraucher, IPPNW und X-tausendmal quer. (mb)

■ ▼

● Weitere Informationen

Bündnis „Atomausstieg selber machen“
Tel. 0800 / 7626852
www.atomausstieg-selber-machen.de

Vornorm für Rapsölkraftstoff veröffentlicht

Mangel an Raps-Anbauflächen in Europa prognostiziert

Mit der seit Juli vorliegenden Vornorm DIN V 51605 gibt es jetzt erstmals eine rechtsverbindliche Norm für die Produktion und Vermarktung von Rapsöl als Kraftstoff. Künftig muss Rapsöl, wird es als Kraftstoff eingesetzt, eine definierte Dichte, einen Flammpunkt von mindestens 220 Grad und einen festgelegten Heizwert haben. Außerdem gibt es Grenzwerte für die Anteile bestimmter Elemente wie Schwefel oder Phosphor. Die Hersteller und Umrüster von Motoren sollen zukünftig unter Bezug auf diese Vornorm Garantien und Gewährleistungen abgeben können.

20 Prozent Biodiesel bis 2020

Raps ist das derzeit produktivste Ölgetreide, das in Europa angebaut wird. Die Europäische Union (EU) will bis Ende 2006 zwei Prozent ihres Ölverbrauchs durch Biodiesel ersetzen. 2020 soll der Anteil von Biodiesel bei 20 Prozent liegen.

Der britische Umweltjournalist George Monbiot rechnet vor, dass 26 Millionen Hektar Anbaufläche notwendig seien, um alle Autos, Busse und Lastwagen in Großbritannien mit Biodiesel zu betreiben. Dabei gäbe es im ganzen Land nicht einmal sechs Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Schon das EU-Ziel von 20 Prozent Biokraftstoff verschlänge jegliches Acker- und Weideland Großbritanniens.

UBA kritisiert schlechte Ökobilanz

In Deutschland wird derzeit auf rund 1,4 Millionen Hektar Raps angebaut. Diese Fläche wird überwiegend konventionell bewirtschaftet. Das Umweltbundesamt (UBA) kritisiert daher die schlechte Ökobilanz von Biotreibstoffen.¹ (nh) ■ ▼

● Kontakt/Informationen

Umweltbundesamt (UBA), Wörlitzer Platz 1, 06844 Dessau/Anhalt
Tel. 0340 / 2103-0, Fax
eMail: pressestelle@uba.de
www.umweltbundesamt.de

Quellen: taz, 3.2.2006, 28.8.2006

¹ Vgl. DRB 03.06, S. 9 „Steuern für Bioenergie: Pro und kontra“

Kurzmeldungen

200 Millionen Euro für kommunale Gebäudesanierung

Städte und Gemeinden sollen ab Januar 2007 von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) verbilligte Kredite in Höhe von 200 Millionen Euro erhalten. Nach dem Willen von Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee sollen damit bis 2009 im Rahmen des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms vor allem Kindergärten, Schulen und Schulturnhallen saniert werden. 2006 habe sich das Programm zu einem Jobmotor in der Bauindustrie entwickelt. Bis zu 250.000 Arbeitsplätze sind laut Tiefensee durch zinsverbilligte Kredite geschaffen oder gesichert worden. Es habe bis Ende August Investitionen von rund 10 Milliarden Euro ausgelöst und die Sanierung von mehr als 400.000 Wohnungen mitfinanziert. Im laufenden Jahr stehen nach Angaben des Ministeriums insgesamt 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung. (mbu)

● Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Tel. 030 / 2008-2040, www.bmvbs.bund.de

■

Lesenswert/Sehenswert

Handbuch für eine nachhaltige Energieversorgung von Regionen

Der große Vorteil der Erneuerbaren Energien ist ihre dezentrale Nutzungsmöglichkeit. Einige Regionen haben sich schon auf den Weg gemacht. Diese Initiativen werden vorgestellt, ihre Strategien, Wege, Partner und Ergebnisse erläutert und damit andere ermutigt, es ihnen gleichzutun. Dezentrale Energiegewinnung schafft regionale Wirtschaftskreisläufe - vom Bauern über den Ingenieur, den Installateur bis zum Wartungsmonteur. Das Buch beschreibt, wie der Aufbau regionaler Initiativen erfolgen kann, welche Strukturen und Strategien zweckmäßig sind. Dazu gibt es Hinweise zu Instrumenten und Maßnahmen der Kommunikation, Beratung, Finanzierung sowie zu Rechtsfragen. Mit Beispielen aus verschiedenen europäischen Ländern steht ein Praxisratgeber für alle zur Verfügung, die regionale Verbündete suchen. Als entscheidend wird dargestellt, dass sich Motivator/innen finden, die den Prozess vorantreiben, Organisationstalent haben und andere mitziehen können. (Tilo Wille, Grüne Liga)

M. Tischer, M. Stöhr, M. Lurz, L. Karg: Auf dem Weg zur 100 % Region - Handbuch für eine nachhaltige Energieversorgung von Regionen, B.A.U.M. Consult, Hamburg 2006, ISBN 3-00-018741-3

Eine unbequeme Wahrheit

Wenn Albert Gore vor sechs Jahren Präsident der USA geworden wäre, sähe die Welt heute wohl etwas anders aus. Wahrscheinlich wäre längst das Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz ratifiziert, dem Gore als Vizepräsident hinter Bill Clinton (1993-2001) zum Durchbruch verhalf. Möglicherweise hätten die USA als weltweit größte Verursacher klimaschädlicher Treibhausgase ihre Umweltpolitik im 21. Jahrhundert so gestaltet, dass die Erderwärmung etwas langsamer vorangeschritten wäre. US-Präsident ist ein anderer geworden - aber Al Gore hat den Kampf für eine bessere Umwelt nicht aufgegeben. Nach der fragwürdigen Wahlniederlage gegen George Bush setzte er sein Engagement für den Klimaschutz fort. Ein Resultat dieses Einsatzes ist der Dokumentarfilm „An Inconvenient Truth“, der nunmehr auch in den deutschen Kinos läuft - hier unter dem Titel „Eine unbequeme Wahrheit“. Ein Film, der wissenschaftliche Fakten zum Klimawandel

liefert, Bilder von Dürre- und Überschwemmungskatastrophen aus der ganzen Welt zeigt und eindringlich warnt, dass das Klima künftig noch katastrophalere Schäden anrichtet, wenn wir so weiterleben wie bisher. Das Ganze präsentiert von einem ehemaligen Politiker, der mit Humor, Know-how, Überzeugung und einer wohl dosierten Prise Pathos darüber aufklärt, was auf die Menschheit zukommt, wenn sie nicht ihr Handeln ändert. Denn wissenschaftlich erwiesen ist, dass die zehn heißesten Jahre überhaupt in den vergangenen 14 Jahren lagen, die Ozeane kontinuierlich wärmer werden, das Eis in der Arktis und Antarktis stetig schmilzt. Trotz der bitteren Wahrheiten, die in dem Film offenbart werden, ist er nicht ohne Hoffnung. „Eine unbequeme Wahrheit“ appelliert an jede/n Einzelne/n, mit einfachen Verhaltensänderungen weniger CO₂-intensiv zu leben und damit das Leben auf dem Planeten Erde zu verlängern. Handlungsempfehlungen gibt es im Abspann und auf der Internetseite des Films. (Marion Busch)

Eine unbequeme Wahrheit (An Inconvenient Truth), USA 2006, Regie: Davis Guggenheim, 94 min, Kinostart: 12.10., Informationen über Gruppenbesuche im örtlichen Kino: Tel. 030 / 32909-442, eMail: n.nomegne@nfp.de
Buch zum Film: Riemann Verlag, München 2006, 328 S., 19,95 Euro, ISBN 3-570-50078-0
www.eine-unbequeme-wahrheit.de

Verschmutzungsrechte gleich verteilen und begrenzen

Die Autor/innen fordern, allen Menschen begrenzte Rechte für den Ausstoß von Kohlendioxid zuzuteilen, damit die Erwärmung reduziert und der Klimawandel begrenzt werden kann. Das Klimaproblem könne nur mit Hilfe eines gerechten Marktes gelöst werden, indem jeder Mensch in jedem Staat der Erde ein gleiches „Verschmutzungsrecht“ erhalte. Das sind nach Berechnungen der Verfasser maximal fünf Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr. Derzeit kommt auf jede/n Deutsche/n das Doppelte. Mittels persönlichem Emissionshandel soll dann ein Ausgleich geschaffen werden: Wer für den Urlaub das Flugzeug benutzt, müsste die dafür nötigen zusätzlichen Emissionsrechte auf dem Markt kaufen. Für Entwicklungsländer würde Klimaschutz nach Ansicht der Autor/innen dadurch interessant, weil sie mit dem Verkauf von Emissionsrechten Geld verdienen

können. Auftraggeber der Studie war das Land Baden-Württemberg. Die Autor/innen bezeichnen ihr Konzept als wirksam und politisch machbar. (mbu)

Peter Spiegel, Lutz Wicke, Inga Wicke-Thüs: Kyoto Plus - So gelingt die Klimawende, Verlag C. H. Beck, München 2006, 252 Seiten, 19,90 Euro

Innovationspreis für nachhaltige Bildung ausgelobt

Forschungsprojekte für 2007 gesucht
Das Zentrum für empirische pädagogische Forschung (zepf) der Universität Koblenz-Landau hat gemeinsam mit der Schülerhilfe Gelsenkirchen den Deutschen Innovationspreis für nachhaltige Bildung ausgelobt. Ausgezeichnet werden sollen Initiativen und Projekte an allgemein- und berufsbildenden Schulen. Der Preis wird zum ersten Mal anlässlich der Bildungsmesse didacta verliehen, die vom 27.2. bis 3.3.2007 in Köln stattfindet.

Der Innovationspreis wird für Projekte ausgelobt, für die der empirische Nachweis erbracht wird, dass sie zur Verbesserung des Wissensstandes oder der Kompetenzen führen. Die Ausschreibung richtet sich an Lehrer/innen, Referendar/innen, Lehramtsstudent/innen, aber auch an Schulen sowie Kooperationen zwischen Schulen und Universitäten oder außerschulischen Partnern wie Unternehmen und Forschergruppen.

Einsendeschluss 30.11.

Um den Nachweis des Erfolges zu erbringen, müssen die Initiativen und Projekte praktisch erprobt und evaluiert sein. Die Verbesserungen können sich auf das (Fach-)Wissen, die Kenntnisse sowie den Wissenszuwachs von Schülerinnen und Schülern, aber auch auf die Erweiterung z. B. der methodischen und sozialen Kompetenzen oder der Bildungschancen beziehen.

Die Gewinner des 1. Preises erhalten 10.000 Euro und die des 2. Preises 6.000 Euro. Für den 3. Preis werden 4.000 Euro ausgelobt. Einsendeschluss für die Arbeiten ist der 30. November. (ez) ■

• Weitere Informationen

Universität Koblenz, Zentrum für empirische pädagogische Forschung (zepf), Prof. Dr. Reinhold S. Jäger
Tel. 06341 / 906-175, Fax -166
eMail: jaeger@zepf.uni-landau.de
www.deutscher-innovationspreis.de

Grüne für „neue Radikalität“ in der Umweltpolitik

Zukunftskongress: Ehemalige Ökopartei sucht Anschluss an Wurzeln

Auf der Suche nach neuen Positionen in der Opposition haben die Grünen die in diesem Jahr begonnene Auseinandersetzung über die Ökologiefrage bei einer Fraktionsklausur in Rostock im August und auf einem Zukunftskongress im September in Berlin weitergeführt.

Thesenpapier „Für einen neuen Realismus in der Ökologiepolitik“

Im Vorfeld des Kongresses hatte Reinhard Loske, Bundestagsabgeordneter und ehemaliger stellvertretender Fraktionsvorsitzender, ein Thesenpapier "Für einen neuen Realismus in der Ökologiepolitik" vorgelegt. Seine Kernthese lautet: Angesichts der immer deutlicher werdenden Folgen des Klimawandels und der wissenschaftlichen Prognosen über dessen mögliche Entwicklung müssen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft wesentlich drastischer umsteuern als bislang von vielen suggeriert. Neuer Realismus bedeutet deshalb vor allem anspruchsvollere Politik, ja radikalere, an die Wurzeln der Probleme gehende Vorschläge für einen ökologischen Wandel. Loske und weitere grüne Umweltpolitiker hatten das Papier auf Bitten des Bundesvorsitzenden Reinhard Bütikofer erarbeitet. ●

Wichtigste Umweltprobleme ungelöst

Bei dem Kongress mit fast 2000 Teilnehmer/innen standen sechs Schwerpunktthemen im Mittelpunkt: Arbeit der Zukunft, Europäische Einigung, „Weg vom Öl“, Kinder- und Bildungspolitik, Gesellschaftspolitik, Integration und Gerechte Globalisierung.

Zum Auftakt sagte Parteichef Bütikofer, die Umweltpolitik nehme an Gewicht zu - „Weg vom Öl“ sei inzwischen ein Leitbegriff. Der Grünen-Fraktionsvorsitzende Fritz Kuhn betonte in seiner Rede, dennoch seien die meisten ökologischen Probleme ungelöst: „Wir produzieren falsch, wir bauen falsch und wohnen falsch, wir bewegen uns falsch, und wir ernähren uns falsch.“

Fraktionschefin Renate Künast forderte, dass Deutschland Vorreiter beim Klimaschutz bleiben und 2007 zum „Energie-wendejahr“ machen müsse. Nächstes Jahr hat Deutschland die EU-Ratspräsident-

schaft inne und sitzt dem G-8-Gipfel der führenden Industriestaaten vor.

Neuer Schwerpunkt Verkehrspolitik

Zum Ende des Kongresses stellten sechs junge Grüne gemeinsam mit der Politischen Geschäftsführerin Steffi Lemke die Ergebnisse des Wochenendes in Form von sechs zentralen Thesen vor. Die These zum Thema Ökologie und Innovation lautet: „Neue Radikalität und neuer Realismus“.

Nach der siebenjährigen Regierungserfahrung im Bund wollen sich die Grünen in der Opposition mit ihrer „Kernkompetenz Umweltschutz“ profilieren. Neben der Energiepolitik, mit sie in den vergangenen Jahren auch Erfolge erreichen konnten, soll ein zukünftiger Schwerpunkt bei Verkehr und Mobilität liegen. Dort hätten die Grünen neue Erkenntnisse bisher nicht mit Strategien verbinden können, sagte der Parteivorsitzende Bütikofer. Er bewertete die Ergebnisse des Kongresses als durchweg positiv. Der begonnene Prozess müsse weitergeführt werden.

Die Debatten und Ergebnisse des Zukunftskongresses will die Partei in einem „Grünbuch Zukunft“ festhalten. Auf der Kongress-Internetseite sind bereits zahlreiche Texte veröffentlicht. (nh, mbu) ■

• Weitere Informationen

Bündnis 90/Die Grünen, Arbeitskreis 2
- Umwelt, Verbraucher und Verkehr,
11011 Berlin
Tel. 030 / 227-58939
eMail: ak2@gruene-bundestag.de

Kongress-Debatten, Berichte, Kommentare, Loske-Thesenpapier:
www.gruenerzukunftskongress.de

Neue Umweltbildungs-Netze

Stratum-Netzwerk „Zukunft der Umweltbildung“

Im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ haben sich im September und Oktober mehrere Initiativen gegründet. So bildete die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) das Stratum-Netzwerk „Zukunft der Umweltbildung“. Stratum beinhaltet eine Kombination aus Beratungsprozess und Zertifizierung von außerschulischen Bildungseinrichtungen, bei denen nachhaltige Entwicklung einen Lernschwerpunkt darstellt. Das Netzwerk will zudem Umweltbildungseinrichtungen, Beratern, Coaches, Entscheidern aus Politik, Verwaltung und Wissenschaftlern eine Kommunikationsmöglichkeit bieten.

Online-Lernplattform für Lehrkräfte

Eine elektronische Lernplattform und ein somit dauerhaftes Netzwerk für die Kompetenzentwicklung von Lehrkräften im Sinne der Nachhaltigkeit baut das Wissenschaftszentrum Umwelt der Universität Augsburg auf. Im Projekt „Wissenschaftliche Weiterbildung für Lehrende“ werden Lehrer/innen durch Online-Seminare in Themen wie soziale Gerechtigkeit, ökologische Verträglichkeit und ökonomisches Wachstum weitergebildet.

Trainingsseminare und Coaching

Auch der Bundesverband TuWas e.V. hat eine solche „learning community“ mit Trainingsseminaren und Coachingangeboten errichtet. Ziel der Projekte ist die Etablierung dauerhafter Netzwerke, die über nachhaltige Entwicklungen informieren, beraten und zum gemeinsamen Austausch anregen. (fh) ■

• Weitere Informationen

TuWas e.V./Stratum GmbH, Tegernseer Landstr. 52, 81541 München
Tel., 89 / 599467-70, -72, Fax -71
eMail: info@tuwas.net
www.tuwas.net
www.stratum-consult.de

Universität Augsburg, Wissenschaftliche Weiterbildung für Lehrende, Corinna Steber, Claudia Schmidt
Tel. 0821 / 598-3574, -3569
eMail: augsburg@qualitaetssicherung-an-schulen.de
www.qualitaetssicherung-an-schulen.de

Kurzmeldungen

Berufsbegleitende Weiterbildung Umweltethik

Die Universität Rostock bietet ab November eine berufsbegleitende Weiterbildung im Fach Umweltethik an. Werte, sozial-moralische Kompetenzen und praktisches „Know-How“ zur Lösung von Konflikten werden vermittelt. Die Angebote richten sich an Berufstätige aller Fachrichtungen, insbesondere aus dem Bereich Umwelt und Medien. Die Studiendauer der Module beträgt 4 bzw. 6 Monate. Im derzeitigen Wintersemester läuft außerdem bereits im zehnten Jahr der bundesweit einmalige Fernstudiengang „Umwelt und Bildung“ für Fach- und Hochschulabsolventen, der umweltrelevantes Fachwissen mit pädagogischen Grundlagen im Sinne einer „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ verbindet. (fh, mb)

Uni Rostock, ZQS, Tel. 0381 / 498-1310, -1227, www.weiterbildung-rostock.de
(Stichwort „Passgenaue Einzelangebote“)

NABU kritisiert Rückschritte in der Umweltpolitik

Der Naturschutzbund hat der Großen Koalition Rückschritte in der Umweltpolitik vorgeworfen. NABU-Präsident Olaf Tschimpke kritisierte im August die Föderalismusreform, die eine Zersplitterung des Naturschutz- und Umweltrechts nach sich ziehen werde. In der Agrarpolitik zeichne sich ein Rückfall in alte Muster ab. Auch der schwarz-roten Verkehrspolitik stellte der Verband schlechte Noten aus. Während beim umweltfreundlichen öffentlichen Nahverkehr gekürzt werde, halte die Regierung an teuren Prestigeprojekten im Straßen- und Schienenverkehr fest. Auch die anhaltende Diskussion über den Atomausstieg kritisierte der Verband. Der NABU lobte allerdings auch die Bemühungen der Regierung um eine Verbesserung des Klimaschutzes sowie die Umwandlung von zur Privatisierung anstehenden Bundesflächen in eine Bundesstiftung Nationales Naturerbe. (mbu)

● NABU, 030 / 284984-0, www.nabu.de

Beteiligung bei Umweltplänen wird EU-konform

Die Bundesregierung hat im September einen Gesetzentwurf über die Öffentlichkeitsbeteiligung in Umweltangelegenheiten vorgelegt. Damit sollen EU-Regelungen in deutsches Recht umgewandelt werden. Der Gesetzentwurf regelt, wie die Öffentlichkeit bei bestimmten Plänen und Pro-

grammen des europäischen Rechts eingebunden werden muss. Zudem ergänzt das Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetz bestehende Bestimmungen darüber, wie die Öffentlichkeit über geplante Zulassungen für Industrieanlagen und Infrastrukturmaßnahmen informiert werden muss.

(mbu)

Gesetzentwurf:

<http://dip.bundestag.de/btd/16/024/1602494.pdf>

■

Lesenswert

Jahrbuch Ökologie 2007

Das neue Jahrbuch Ökologie 2007 informiert über die Umweltsituation, Belastungstrends, nationale und internationale Umweltpolitik. Es dokumentiert wichtige Ereignisse und beschreibt Visionen für eine zukunftsfähige Welt. Die Schwerpunkte sind Ressourcenproduktivität, Stakeholder-Dialoge¹ und Energiepolitik. Im „Disput“ widmen sich die Autoren der Frage, ob es zu einer Renaissance der Atomenergie kommt. Der Abschnitt „Exempel, Erfahrungen, Ermutigungen“ handelt unter anderem von grüner Medizin, sauberem Fliegen und nachhaltigem Bauen. Die Herausgeber der Jahrbuch-Reihe fühlen sich einem breiten Ökologiebegriff verpflichtet, der im Alltag verankert ist und das Verhältnis von Mensch, Natur, Gesellschaft und Umwelt umfasst. (nh)

G. Altner (Hrsg.): Jahrbuch Ökologie 2007, C.H. Beck, München 2006, 288 S., 14,90 Euro, ISBN 3-406-54159-3

Alternativen zur Globalisierung I

Die indische Ökofeministin Vandana Shiva präsentiert ihre Vision einer globalen Demokratie: Eine gerechte Weltordnung, in der nicht die Interessen der Wirtschaft, sondern der Menschen sowie der nachhaltige Umgang mit der Natur im Zentrum stehen. Die Globalisierungskritikerin nennt dafür zehn Prinzipien, z. B. „Alle Spezies, Völker und Kulturen haben einen inneren Wert“, weshalb niemand das Recht habe, andere Spezies und Menschen zu besitzen. Andere Prinzipien lauten: „In Natur und Kultur muss Diversität verteidigt werden“ oder „Lebendige Ökonomien bauen auf lokale Wirtschaft“. Shiva äußert sich auch zu Biodiversität, Fundamentalismus, Wasserdemokratie und zu den drei Wirtschaftsmodellen (Naturwirtschaft, Bedarfswirtschaft, Marktwirtschaft). Unter anderem macht sie darauf aufmerksam, dass Wirtschaftsglobalisierer Menschen und Natur als ausbeutbares Rohmaterial oder überflüssigen Abfall betrachten. Vandana Shivas Buch ist Ergebnis ihrer jahrelangen Forschungsarbeit zu ökologischen, gesellschaftlichen und politischen Themen. Hier vereint sie ihre Einsichten in einer großen Leitidee. (nt)

¹ Stakeholder: Anspruchsgruppen, Interessensvertreter

Vandana Shiva: Erd-Demokratie - Alternative zur neoliberalen Globalisierung, Rotpunktverlag, Zürich 2006, 292 S., 19,80 Euro, ISBN 3-85869-327-8

Alternativen zur Globalisierung II

In seinem neuen Buch entkräftet Attac-Mitbegründer Christian Felber das gängige Vorurteil, die globalisierungskritische Bewegung zeige nur Probleme und keine Lösungsansätze auf. Er nennt konkrete Alternativen zur gegenwärtigen Form der Globalisierung. Die Vorschläge reichen von der Neugestaltung der Finanzmärkte und des Welthandels über verbindliche Regeln für Konzerne und Standortkooperation bis hin zu sozialer Sicherheit und globaler Steuergerechtigkeit. Zusammen mit den früheren Veröffentlichungen „Schwarzbuch Markenfirmen“, „Schwarzbuch Öl“ und „Das kritische EU-Buch“ entstand so ein umfassender Argumentationsleitfaden für politische Diskussionen. Das Buch ist ein Plädoyer, die Gestaltung der Zukunft in die eigene Hand zu nehmen und die Spielregeln für die Wirtschaft neu zu schreiben. (ez)

Christian Felber: 50 Vorschläge für eine gerechtere Welt, Deuticke-Verlag, Wien 2006, 336 S., 19,90 Euro, ISBN 3552060405

Handbuch für erfolgreiches Umweltbildungs-Management

Für deutsche Non-Profit-Unternehmen wird es immer schwieriger finanzielle Fördermittel zu bekommen. Daher stehen viele Projekte und Einrichtungen vor der schwierigen Aufgabe, ihre Eigenwirtschaftlichkeit zu erhöhen. Das Buch zeigt, wie sich Non-Profit und Wirtschaftlichkeit verbinden lassen. Es richtet sich gezielt an Führungspersonen, Mitarbeiter/innen und Förderer gemeinnütziger Unternehmen. Das Autorenteam offenbart in dem Beraterhandbuch, welche Möglichkeiten bestehen auf dem freien Markt erfolgreich zu sein. Grundlage des vorgestellten Ansatzes sind die Ergebnisse des Projekts „Strategische Unternehmensentwicklung Umweltbildung“ (stratum), das vom Bundesverband für Erwachsenenbildung TuWas gefördert wurde. (nh)

TuWas (Hrsg.): Unternehmen Umweltbildung - Strategien für erfolgreiches Management im Non-Profit-Bereich, München 2006, 24,80 Euro; Bezug: www.tuwas.net/5,shop.html

„Europa sagt Nein zur festen Fehmarnbelt-Querung“

NABU startet Aktion gegen Brücke auf Vogelzugroute

Auf Betreiben von Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Austermann haben sich Mitte September mögliche Firmen-Gruppen für die Umsetzung einer festen Fehmarnquerung zu einem Investorengespräch in Berlin getroffen, um Finanzierungsfragen zu erörtern. Die schleswig-holsteinische Landesregierung hatte zuvor den Bau einer festen Fehmarnbelt-Querung in Erwägung gezogen, um das Land an die sich stark entwickelnde dänisch-schwedische Öresundregion anzubinden und so „den Wirtschaftsstandort sowie Beschäftigung und Wertschöpfung zu sichern“. Das Projekt ist jedoch nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch vielfältig umstritten. Zeitgleich zum Investorengespräch hat der NABU Schleswig-Holstein ein „Nicht-Interessenbekundungsverfahren“ begonnen.

NABU sieht erhebliche ökologische und ökonomische Risiken

Die europaweite Kampagne besteht vor allem aus der Internetplattform www.nein-zur-beltquerung.de, auf der Interessierte gegenüber den Regierungen Deutschlands und Dänemarks gegen die Querung protestieren und erklären können, dass sie selbst im Falle einer Realisierung weiterhin die Fähren benutzen werden. Laut dem NABU-Landesvorsitzenden Hermann Schultz wolle man verdeutlichen, „dass dieses unsinnige Verkehrsprojekt in der Öffentlichkeit auf beiden Seiten des Fehmarnbelts wegen der erheblichen ökonomischen und ökologischen Risiken auf vehemente Ablehnung stößt.“ Die Bevölkerung habe zudem erkannt, dass es keinen vernünftigen Grund für den Bau einer Brücke über den Fehmarnbelt gebe. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel habe kurz zuvor auf Grund der bisher nicht geklärten Finanzierung der 5,2 Milliarden Euro teuren Beltquerung Abstand von dem Projekt genommen.

Für den NABU ist die feste Beltquerung aus mehreren Gründen abzulehnen:

- Die Brücke würde einen der bedeutendsten Vogelzugwege Europas beeinträchtigen, wodurch tausende Zugvögel jährlich verunfallen würden.

- Das Bauwerk würde den Lebensraum gefährdeter Meeressäuger wie Schweinswal und Seehund zerstören.

- Auf Grund der veränderten Strömungsverhältnisse sei mit negativen Auswirkungen auf die gesamte Meeresfauna und -flora zu rechnen.

- Die Finanzierung der Querung stelle sich als entscheidendes Problem des Projektes dar - Erfahrungen mit Brücken- und Tunnelbauprojekten in Deutschland und Europa wie dem Warnow-Tunnel bei Rostock oder dem Euro-Tunnel zwischen Frankreich und Großbritannien zeigten, dass eine Refinanzierung der Investitionskosten über Mautgebühren in absehbarer Zeit nicht möglich sei.

- Aufgrund der Windverhältnisse würde das Brückenbauwerk während eines erheblichen Teil des Jahres für Lkw nicht nutzbar sein können.

- Durch Bauarbeiten und zusätzliches Verkehrsaufkommen sei mit einer starken Beeinträchtigung für den Tourismus auf der Insel zu rechnen.

► Mit dem Absenden einer „Nicht-Interessenbekundung“ per E-Mail an den deutschen und dänischen Verkehrsminister kann jede Bürgerin und jeder Bürger an der Protestaktion teilnehmen. (fh) ■

• Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Landesverband Schleswig-Holstein, Ingo Ludwischowski, Färberstr. 51, 24534 Neumünster
Tel., 04321 / 953073, Fax -5981
eMail: ingo.ludwischowski@nabu-sh.de
www.nabu-sh.de

Kritik am Landschaftsgesetz Nordrhein-Westfalen

Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt beschloss 12-Punkte-Papier

Die Mitgliederversammlung der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt (LNU) hat im September in Lüdenscheid einstimmig ein Eckpunkte-Papier zum derzeit diskutierten nordrhein-westfälischen Landschaftsgesetz verabschiedet. Die 12 Punkte des Papiers behandeln Elemente der Kulturlandschaft, Beiräte, ehrenamtliches Engagement und Beteiligungsmöglichkeiten.

LNU gegen Einschränkung der Beteiligung behördlicher...

So wendet sich die LNU gegen eine Abschaffung der Beiträge höherer Landschaftsbehörden der Bezirksregierungen und die Schwächung der Beiträge unterer Landschaftsbehörden auf Ebene der Kreise. Sie plädiert für eine Zusammensetzung der Landschaftsbeiräte, wie sie bis 1994 bestand. Das 12-Punkte-Papier enthält außerdem die Forderung nach einer landesweiten Landschaftsplanung, wobei auch der gesetzliche Schutz von Biotopen auszuweiten sei.

...und ehrenamtlicher Naturschützer

Die Landesregierung solle weiterhin nicht auf die Beteiligung des ehrenamtlichen Naturschutzes - vor allem bei wasserrechtlichen Verfahren - verzichten, so die LNU. Beibehalten werden solle auch die Praxis, die verabschiedeten Landschaftspläne der Kreise durch die Bezirksregierung genehmigen zu lassen. Eingriffe in Biotopflächen sollen nicht durch Schaffung beliebig verfügbarer Flächen kompensiert werden können, sondern der Kompensation müssten sinnvolle Fachkonzepte zugrunde liegen. Im letzten Punkt ihres Papiers erklärt die LNU die Unabhängigkeit der Biologischen Stationen für zwingend notwendig. Das Programm soll den Mitgliedern des zuständigen Ausschusses des Landtags und den Fraktionen zugeleitet werden. (fh) ■

• Weitere Informationen

Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt (LNU), Heinrich-Lübke-Str. 16, 59759 Arnsberg
Tel., 02932 / 4201, Fax -554491
eMail: lnu.nrw@t-online.de
www.lnu-nrw.de

Deutsche Bahn will nur noch FSC-Holzprodukte kaufen

Umstieg auf Erzeugnisse aus nachhaltiger Waldwirtschaft

Die Deutsche Bahn AG hat Mitte September angekündigt, künftig ausschließlich Schwellen und andere Holzprodukte einzukaufen, die das Zeichen des Forest Stewardship Council (FSC) tragen. Bis Ende 2008 sollen 70 Prozent aller in der Fahrzeuginstandhaltung eingesetzten Laubhölzer das Siegel tragen. Bereits seit Anfang dieses Jahres stammen alle verwendeten Nadelschnitthölzer aus FSC-zertifizierter Waldwirtschaft.

Waldbesitzerverbände protestieren

Mehrere Waldbesitzerverbände kritisieren jedoch diese Entscheidung. Die FSC-zertifizierte Waldfläche in Deutschland sei zu klein, um den Holzbedarf der Bahn zu decken, was mit großer Wahrscheinlichkeit zu Importen führen müsste. Zudem sei das FSC-System im deutschen Privatwald nicht praktikabel. In einem gemeinschaftlichen Brief einiger Waldbesitzerverbände (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände, Deutscher Forstwirtschaftsrat, Deutscher Städte- und Gemeinschaftsbund) an Bahn-Chef Mehdorn wiesen diese darauf hin, dass die Mehrheit der deutschen Waldbesitzer das PEFC-Zertifikat (Programme for the Endorsement of Forest Certification schemes) nutzt. Die Anforderungen für PEFC sind ökologisch gesehen wesentlich geringer als für FSC.

Dagegen teilte FSC mit, dass knapp 600.000 ha Waldfläche in Deutschland nach dem deutschen FSC-Standard zertifiziert seien - eine Fläche, die ausreiche, um dem Holzbedarf der Deutschen Bahn gerecht zu werden. (fh) ■

• Weitere Informationen

Forest Stewardship Council - FSC
Deutschland, Guntramstr. 48, 79106
Freiburg
Tel. 0761 / 38653-50, Fax -79
eMail: info@fsc-deutschland.de
www.fsc-deutschland.de

Forschungsprojekt zum Einsatz bleifreier Munition

Bleivergiftung durch Jagdmunition ist häufigste Todesursache bei Seeadlern

Ende August ist ein Forschungsprojekt zum Einsatz bleifreier Jagdmunition in Brandenburg gestartet. Bleivergiftung durch Bleimunition ist nach Angaben des NABU Brandenburg die Ursache für gut 40 Prozent der Todesfälle von Seeadlern die Todesursache dar. Seit gut 15 Jahren gibt es bleifreie Munition im Handel, allerdings hat sich die Verwendung dieser Geschosse nicht durchgesetzt. Jagdexperten und Tierschützer streiten darüber, wie treffsicher diese Munition ist und ob es auch hier unerwünschte Nebenwirkungen gibt.

Das Forschungsprojekt das eine Zusammenarbeit der Fachhochschule Eberswalde mit dem NABU und weiteren darstellt, will nun verschiedenste Aspekte der alternativen Munition untersuchen und mit der herkömmlichen vergleichen.

Einschränkung der Nutzung bleihaltiger Munition seit 2005

Vögel, die durch Beschuss mit Schrotkugeln geschwächt, aber nicht tödlich getroffen werden, sind eine leichte Beute für Seeadler. Diese nehmen so das Blei auf und reichern es im Körper an. Eine andere Bleiquelle stellt der so genannte Aufbruch dar - die Eingeweide von geschossenem Wild, das die Jäger zurück lassen. Der Magensaft von Seeadlern hat einen sehr niedrigen pH-Wert, ist also sehr sauer. Die Bleipartikel werden aufgelöst und gelangen in die Blutbahn. Blei verursacht unter anderem Störungen des Nervensystems und des Sauerstofftransports und zerstört rote Blutkörperchen.

Brandenburgs Landesforstverwaltung hatte bereits Anfang 2005 die Verwendung von bleihaltiger Munition bei der Jagd im Landeswald eingeschränkt und ab April 2005 Bleischrot bei der Wasservogeljagd verboten. (nh) ■

• Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Jagdexperte
Gregor Beyer, Blumberger Mühle,
16278 Angermünde
Tel. 03331 / 26040
eMail: gregor.beyer@nabu.de
www.nabu.de

Kurzmeldungen/Lesenswert

Floßtour auf Neckar und Rhein informierte über Papiertaschentücher

Anfang September ging im Duisburger Hafen die Floßtour des Umweltverbandes Robin Wood gegen Landraub und Umweltzerstörung zu Ende. Das Holzfloß war Mitte August in Heidelberg als Kampagne gegen den Konzern Procter & Gamble gestartet, der nach Ansicht der Umweltschützer für seine Tempo-Taschentücher die Vertreibung von Indianern in Kauf nimmt. Robin Wood setzte dem die Forderung nach mehr Recyclingpapier entgegen, womit man „bei den Leuten auf offene Ohren gestoßen“ sei, wie Heike Lipper von der Floß-Crew berichtete. Für viele Floßbesucher/innen sei neu gewesen, welche Geschichte hinter den Tempo-Taschentüchern steckt. Das Floß wurde winterfest eingelagert und soll im nächsten Jahr erneut auf Tour gehen. (fh)

● Robin Wood, Bremen, Tel. 0421 / 598288, www.robinwood.de

Biographie: Georg Meister

Aufgrund von Klimaveränderungen, aber auch wegen der Jagdlobby kann der deutsche Wald vielerorts seinen ursprünglichen Funktionen wie Wasserspeicher, Hochwasser- und Lawinenschutz nicht mehr nachkommen. Das Buch erzählt die Lebensgeschichte des Försters Georg Meister, der sich jahrelang für sein Konzept eines naturnahen Waldes eingesetzt und mit seinen „Zeitsprung-Bildern“ immer wieder versucht hat, die Klimaveränderungen zu verdeutlichen. Meister hat sich vom begeisterten jungen Jäger in der Nazizeit zum engagierten Kämpfer für einen funktionsgerechten Wald entwickelt. Das Buch zeigt, dass nicht nur Umweltverschmutzung den Wald belastet, sondern vor allem kurzfristige Gewinnerorientierung und die Jagdleidenschaft Einzelner seine Existenz bedrohen. Georg Meister hatte jedoch nicht nur vor negativen Folgen gewarnt, sondern auch gezeigt, wie man den Wald regenerieren kann. So ist das Buch auch eine kritische Bestandsaufnahme, die darstellt, wie man auch in Zukunft die Bedingungen für einen gesunden Wald verbessern kann. (fh)

Claus-Peter Lieckfeld: Tatort Wald - Von einem, der auszog, den Wald zu retten, Westend Verlag, Frankfurt/M. 2006, 248 S., 19,90 Euro, ISBN 9783938060117

■

Bahn-Börsengang verschoben

Bundestagsabgeordnete favorisieren Privatisierung ohne Schienennetz

Mitte September hat die Bundesregierung die Entscheidung über den Börsengang der Deutschen Bahn in das kommende Jahr verschoben. Der Diskussionsprozess unter den Parlamentariern sei noch nicht abgeschlossen. Im August hatten die Koalitionsfraktionen und die Bundesregierung beschlossen, das Schienennetz beim Börsengang der Bahn nicht zu verkaufen.

Das Bündnis „Bahn für alle“ zeigte sich erfreut über die Verschiebung und forderte, die Börsenpläne komplett aufzugeben. Stattdessen solle die Regierung prüfen, wie eine moderne öffentliche Bahn nach Schweizer Vorbild realisiert werden könnte, forderte ein Vertreter des Bündnisses. Die Schweiz zeige, wie Bahnen in öffentlicher Hand mit kundenfreundlicher Politik mehr Verkehr auf die Schiene bekommen könnten. Das Bündnis will seine Kampagne gegen die Bahn-Privatisierung fortsetzen.

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) sprach sich ebenfalls gegen die Privatisierung des Netzes aus, befürchtet aber, dass die Bahn die verbleibende Hoheit über die Schiene ausnutzen und Wettbewerber keine Chance geben wird. (mbu) ■ ▼

● **Weitere Informationen**

Verkehrsclub Deutschland (VCD),
Kochstr. 27, 10969 Berlin
Tel. 030 / 280351-0, Fax -10
eMail: mail@vcd.org
www.vcd.org

Bündnis „Bahn für alle“
Tel. 06421 / 933050 (Kampagne)
Tel. 069 / 90028140 (Presse)
eMail: info@bahn-fuer-alle.de
www.bahn-fuer-alle.de

Klimaschützer schlagen Dreiliterauto-Programm vor

Spritverbrauch pro Pkw könnte bis 2020 halbiert werden

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und das Wuppertal Institut haben der Automobilbranche Ende September ein Programm für Dreiliterautos vorgeschlagen. Nach diesem „Klimafahrtenbuch für PKW 2020“ könnte der Verbrauch von Neuwagen in drei Schritten von derzeit fast 7 auf rund 3 Liter pro 100 Kilometer gesenkt werden. Gleichzeitig würden die Emissionen des Treibhausgases Kohlendioxid von derzeit rund 170 auf 80 Gramm abnehmen. Außerdem soll sich die Kfz-Steuer künftig am CO₂-Ausstoß orientieren und die steuerliche Begünstigung für Dienstwagen abgeschafft werden. Mit zusätzlichen politische Maßnahmen wie Tempo- und Verbrauchslimits könnte der Spritverbrauch von Pkw bis 2020 halbiert werden, sagte die BUND-Vorsitzende Angelika Zahrt.

Autoindustrie reagiert nicht

Die europäischen Autohersteller hatten sich 1995 verpflichtet, den CO₂-Ausstoß bis 2008 auf 140 Gramm pro Kilometer zu reduzieren. Weiterhin besteht die Zielvorgabe der Europäischen Kommission, Emissionen bei Neuwagen bis 2012 auf 120 Gramm CO₂ pro Kilometer zu reduzieren. Seit 2003 habe sich der Wert aber bei 170 Gramm pro Kilometer eingependelt, so Zahrt. Auch Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) habe die Autoindustrie erfolglos aufgefordert zu erklären, wie sie die Selbstverpflichtung noch einhalten wolle.

Beim Verband der Deutschen Automobilindustrie stieß die Initiative auf wenig Interesse. Man sei dafür nicht zuständig und bereits ausgelastet, teilte die Pressestelle mit. Mittlerweile sind 7 % aller Neuzulassungen besonders verbrauchsintensiv - Anlass für den BUND zum „Umdenken in der Modellpalette“ anzuregen. (fh) ■ ▼

● **Weitere Informationen**

BUND, Verkehrsexperte Tilmann Heuser, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel., 030 / 275864-82, Fax -40
eMail: tilmann.heuser@bund.net
www.bund.net

Bundestag lehnt Flugticketabgabe ab

Internationale Anti-Aids-Initiative ohne Deutschland

Der Bundestag hat sich Ende September gegen die Einführung einer Flugticketabgabe entschieden. Eine Mehrheit von CDU, SPD und FDP verhinderte entsprechende Anträge der Linkspartei und der Grünen. Die Passagiere der Economy Class sollten bis zu vier Euro, die der Business Class bis zu 40 Euro zuzahlen. Attac-Steuerexperte Detlev von Larcher, der einen der Anträge mit initiiert hatte, bezeichnete die Abgabe als erste internationale Steuer, „die Globalisierungsgewinner belastet und den Verlierern zugute kommt.“ Frankreich hatte die Steuer schon im Juli eingeführt und zusammen mit Brasilien, Norwegen, Großbritannien und Chile den Fonds „Unitaid“ gegründet. Die Flugticketsteuer sollte darüber Medikamente für Aids-Kranke in Entwicklungsländern finanzieren.

US-Botschaft soll von Zusage abgeraten haben

Attac kritisierte den Entschluss des Bundestages als „Bremsklotz beim Versuch, Armut und Krankheit in Entwicklungsländern zu bekämpfen“. Zudem erhalte die Abstimmung durch einen Brief der US-Botschaft an den Haushaltsausschuss einen fragwürdigen Hintergrund. In diesem rieten die USA von der Einführung der Flugticketabgabe ab und begründeten dies mit Interessen der US-Luftfahrtindustrie.

Flugticketsteuer soll Entwicklungs- und Schwellenländern zugute kommen

Anlass für den Brief dürfte eine Unterschriftenaktion von Attac gewesen sein, bei der Bundestagsabgeordnete ihre Unterstützung für die Abgabe erklärt hatten, unter anderem Ex-Finanzminister Eichel und Entwicklungshilfeministerin Wiczo-rek-Zeul. Diese meint, dass sie helfen könne, Ziele der Vereinten Nationen zu erreichen. Diese sehen vor, die Armut in Entwicklungsländern bis 2015 zu halbieren. Deshalb sei es für von Larcher eine „Schande, dass Deutschland nicht dabei ist.“ (fh) ■

● **Weitere Informationen**

Attac, Detlev von Larcher, Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt/M.
Tel. 069 / 900281-10, Fax -99
eMail: info@attac.de
www.attac.de

Kurzmeldungen

Deutsche Bahn erschwert zunehmend Fahrradmitnahme im Zug

Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) hat daraufhin gewiesen, dass die Fahrradmitnahme im Fernverkehr in den letzten Jahren immer mehr eingeschränkt worden ist. Gerade die Deutsche Bahn verhindere bislang die Fahrradmitnahme in den Hochgeschwindigkeitszügen in Deutschland und den grenzüberschreitenden Verbindungen. Dabei seien diese schnellen Züge immer mehr zum Rückgrat des europäischen Bahnverkehrs geworden. Der ADFC bietet auf seiner Internetseite Übersichtskarten zur Fahrradmitnahme im Fernverkehr und in den Nachtzügen an. Auch die Deutsche Bahn informiert Radreisende über Zugverbindungen und Preise auf ihrer Internetseite oder über die Radfahrer-Hotline. (nh)
www.adfc.de/645_1
DB, www.bahn.de/bahndbike,
Tel. 01805 / 151415 (12 ct/min)



Lesenswert

BürgerBus: Von der Vereinsgründung bis zur Inbetriebnahme

Der BürgerBus Gransee hat sein einjähriges Jubiläum gefeiert. Dies hat der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) zum Anlass genommen, eine Broschüre veröffentlicht. Diese enthält Informationen zur Vorbereitung und die Umsetzung, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und die relevanten Statistiken und Abrechnungen zum Thema BürgerBus zusammen. Der BürgerBus Gransee fährt täglich fünf Touren und verbindet so die Ortschaften in einer Gegend, in der teilweise weniger als 20 Menschen pro Quadratkilometer wohnen. Für die Touren sind fünfzehn ehrenamtliche Fahrer im Einsatz. Durch den Bürgerbus wird ein Bedarf nach Mobilität gedeckt, den ein öffentlicher, regulärer Busbetrieb nicht mehr decken kann. (nh)

VBB (Hrsg.): Handbuch BürgerBus, Berlin 2005, 50 S., 5,- Euro; Bezug: VBB, Berlin, Tel. 030 / 25414141, www.vbbonline.de

In den letzten Zügen: Bürgerbahn statt Börsenwahn

Winfried Wolf fordert in seinem neuesten Buch eine Bahn in öffentlichem Eigentum und spricht sich gegen die geplante Privatisierung aus. „In den letzten Zügen“ ist ein Plädoyer für eine Verkehrswende, in deren Zentrum der Ausbau des Schienennetzes steht. Der Autor untersucht die Ursachen der Krise, in der sich die Deutsche Bahn seit gut einem Jahrzehnt befindet. Außerdem beleuchtet er mögliche Wege aus dieser Krise und zeigt, welche Konsequenzen diese Wege für die Bahnbenutzer haben werden. Das Buch bietet Material und Argumente für Privatisierungskritiker. Der Autor ist Sprecher der Initiative „Bürgerbahn statt Börsenbahn“ (BsB), eines Zusammenschlusses von Verkehrsexperten, die sich gegen die Privatisierung und den geplanten Börsengang der Deutschen Bahn AG aussprechen. (nh)

Winfried Wolf: In den letzten Zügen - Bürgerbahn statt Börsenwahn, VSA, Hamburg 2006, 96 S., 6,50 Euro, ISBN 3-89965-198-7

Verkehrserziehung von Kindern für Kinder

Die Lernsoftware „Verkehr - Von Kindern für Kinder“ ist das Ergebnis eines Projektes der Multimedia-AG der Theodor-Heuss-Grundschule in Eppelheim bei Heidelberg. Sie beschäftigt sich mit den üblichen Themen von Verkehrserziehungs-Software, wie den Regeln für Radfahrer und Fußgänger, beschreibt aber auch die Geschichte der Verkehrsmittel und die Entwicklung der Fahrzeuge. Sie bietet so einen umfassenden Blick auf den gesamten Verkehrsbereich. Das besondere ist dabei, dass die Kinder von anderen Kindern lernen. Die Umweltverträglichkeit rückt immer wieder ins Blickfeld. Im letzten Kapitel wird auf Umweltbelastungen durch Verkehr eingegangen. Auf der 270 Seiten umfassenden CD finden sich Bastelanleitungen, Lieder, Gedichte, Rätsel, Aufgaben und Filme. (nh)

Theodor-Heuss-Grundschule (Hrsg.): Verkehr - Von Kindern für Kinder, Eppelheim 2006, 270 S., 8,50 Euro; Bezug: info@thgs-eppelheim.de



Gesundheitsministerium muss Auskunft geben

Verbraucherschützer gewinnen Prozess: Uran im Mineralwasser

Das Verwaltungsgericht in Magdeburg hat das Land Sachsen-Anhalt dazu verurteilt, Untersuchungsergebnisse über Uran in Mineralwasser zu veröffentlichen. Die Verbraucherschutzorganisation Foodwatch hatte im Herbst 2005 auf Auskunftsanspruch geklagt. Auswertungen des Bundesinstituts für Risikoforschung (BfR) hatten gezeigt, dass von 1.530 im Handel befindlichen Mineralwässern 34 Proben über fünfzehn Mikrogramm pro Liter des giftigen Urans enthielten. Als einer der Verbraucherschützer nähere Informationen zu den Testergebnissen vom Gesundheitsministerium des Landes Sachsen-Anhalts erfragte, wurde ihm diese Auskunft verwehrt.

Das Umweltbundesamt (UBA) empfiehlt einen Grenzwert von zehn Mikrogramm Uran pro Liter Wasser. Für Wasser, das mit dem Zusatz „für die Zubereitung von Säuglingsnahrung geeignet“ gekennzeichnet ist, empfehlen das BfR und das UBA einen Grenzwert von maximal zwei Mikrogramm.

Foodwatch fordert gesetzliche Grenzwerte

Foodwatch fordert nun die Schaffung eines gesetzlichen Grenzwertes. Dieser solle sich an den Empfehlungen des UBA orientieren. Wässer mit höherem Urangehalt sollen vom Markt genommen werden. Als Beispiel nannte Foodwatch das Mineralwasser Saskia Quell Naturis von Lidl. Ein im Auftrag von Foodwatch durchgeführte Analyse hatte ergeben, dass dieses Mineralwasser 17 Mikrogramm Uran pro Liter enthält. Außerdem verlangen die Verbraucherschützer einen Warnhinweis „Nicht für die Zubereitung von Säuglingsnahrung und Nahrung von Kindern bis sieben Jahren geeignet“, falls ein Mineralwasser den Grenzwert von zwei Mikrogramm Uran pro Liter überschreitet. (nh) ■

● Kontakt/Informationen

Foodwatch, Brunnenstr. 181, 10119 Berlin
Tel. 030-28093995, Fax -24047626
eMail: info@foodwatch.de
www.foodwatch.de

Prag und Berlin für neue Elbe-Staustufen

Elbe soll an mindestens 345 Tagen im Jahr schiffbar sein

Die Verkehrsministerien von Deutschland und Tschechien haben sich Ende August auf ein Konzept geeinigt, wie die Elbe zwischen Hamburg und Decin (Nordböhmen) ab dem Jahr 2010 mindestens 345 Tage im Jahr schiffbar gemacht werden soll. Das meldete die Prager Zeitung Právo Ende August. Die deutsche Seite habe sich verpflichtet, auf dem Streckenabschnitt zwischen Geesthacht bei Hamburg und Dresden eine Wassertiefe von 1,60 m sowie 1,50 m zwischen Dresden und der tschechischen Grenze zu garantieren, erklärte das Prager Verkehrsministerium. Die gleiche Minimaltiefe solle im Gegenzug auch auf dem tschechischen Streckenabschnitt durch den Bau einer neuen Staustufe bei Decin erreicht werden. Teil der Planung sei auch ein Wasserkraftwerk.

BUND protestiert, Ministerium dementiert

Der BUND forderte daraufhin Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) auf zu erklären, wie er dies realisieren wolle. Der Umweltverband befürchtet neue Ausbauprojekte. BUND-Flussexperte Ernst Paul Dörfler präsentierte eine amtliche Statistik, nach der in den zurückliegenden 15 Jahren an durchschnittlich mehr als 100 Tagen im Jahr die geforderte Mindesttiefe nicht erreicht wurde. Verantwortlich sei dafür zunehmend der Klimawandel mit immer längeren Trockenzeiten und extremen Wasserständen.

Das Bundesverkehrsministerium dementierte den Právo-Bericht. Die genannten Wasserstände entsprächen den gegenwärtig angestrebten Mindesttiefen. Bei der Vereinbarung mit dem Nachbarland handele es sich nur um eine Absichtserklärung und nicht um einen Staatsvertrag. Das Sächsische Umweltministerium betonte, am Lauf der Elbe durch Sachsen werde sich nichts ändern. So stehe es auch im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD in Sachsen. (nh, fh) ■ ▼

● Kontakt/Informationen

BUND, Elbe-Büro, Ernst Paul Dörfler, Luxemburger Str. 8, 06846 Dessau,
Tel./Fax 0340 / 16510143
eMail: doerfler@werkleitz.de
www.elbe-insel.de

Kurzmeldungen

Streit um geplante Abwasserprivatisierung in NRW

Die CDU-FDP-Koalition in Nordrhein-Westfalen will den Abwassermarkt liberalisieren. Danach wäre es Kommunen in NRW erstmals möglich, ihre Abwassernetze komplett an Privatunternehmen zu verkaufen. Der Bundesverband der deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE) begrüßt die Novellierung als einen Schritt in die richtige Richtung. „Von mehr Privat- und weniger Staatswirtschaft werden Kommunen und Bürger profitieren“, prophezeite der Hauptgeschäftsführer des BDE, Stefan Harmening. Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes (StGB) NRW, Bernd Jürgen Schneider, warnte dagegen: „Das Land muss wissen, dass Privatunternehmer, die die Abwasserentsorgung übernehmen, umsatzsteuerpflichtig sind.“ Dies treffe am Ende die Bürger/innen durch erhöhte Gebührenrechnungen. (nh)

● StGB NRW, Düsseldorf, Tel. 0211 / 45871, www.kommunen-in-nrw.de
BDE, Berlin, Tel. 030 / 59003350, www.bde-berlin.de

Aale in Rhein, Main, Elbe und Weser stark mit Chemikalien belastet

Eine Greenpeace-Studie hat ergeben, dass Aale aus Elbe, Main, Rhein und Weser stark mit Industriechemikalien belastet sind. Die Umweltorganisation hatte Ende September Aale aus elf europäischen Ländern auf verschiedene Chemikalien getestet. Hierbei spielen vor allem perfluorierte Tenside (PFT), die in wasser-, fett- und schmutzabweisenden Produkten eingesetzt werden, eine Rolle. Sie gelten als fortpflanzungsschädigend und Krebs erregend. Vom Verzehr deutscher Aale sei eindeutig abzuraten, so Greenpeace. In die Flüsse gelangen PFT durch Abwässer aus Landwirtschaft, Industrie und Haushalt. Menschen nehmen sie über Trinkwasser, Nahrung oder Alltagsprodukte auf. Aufgrund ihrer Langlebigkeit und ihrer weiten Verbreitung gelten PFT als besonders umweltschädlich. Greenpeace fordert, dass in der neuen EU-Chemikaliengesetzgebung der Ersatz von PFT und anderen gefährlichen Chemikalien durch sichere Alternativen verbindlich vorgeschrieben wird. Am 13. November entscheidet darüber das EU-Parlament. (fh)

● Greenpeace, Hamburg, Tel. 040 / 30618-0, www.greenpeace.de

Lesenswert

Wasser: Ressource, Lebensmittel, Menschenrecht

„Seit Beginn der neunziger Jahre werden mit rasanter Geschwindigkeit Wasserwerke, die bisher in staatlicher Hand waren, privatisiert. Drei Konzerne sind in über 100 Ländern tätig und kontrollieren etwa 40 Prozent des weltweiten Wassermarktes.“ So beginnt die Ausgabe der überregionalen Monatszeitung *Contraste* mit dem Schwerpunktthema Wasser. Sie beschäftigt sich mit der Privatisierung der Wassernetze und der Wasserkrise weltweit, stellt aber auch eine Reihe alternativer Wirtschaftsweisen vor, etwa am Beispiel der Wassergenossenschaft Ellerhoop (Schleswig-Holstein). Andere Beiträge behandeln die Rolle Deutschlands bei der Wasserprivatisierung in Bolivien oder Pflanzenkläranlagen in der Uckermark. Die vor 20 Jahre gegründete Zeitung *Contraste* versteht sich als Sprachrohr und Diskussionsforum für Selbstorganisation und alternative Projekte. (nh)

Contraste 259, Heidelberg 2006; Bezug: *Contraste* e.V., PF 104520, 69035 Heidelberg; alle Texte kostenlos im Internet: www.kommunikationssystem.de/?group=cl.medien.contraste&id=23975

Fließgewässerrenaturierung

Mit der EU-Wasserrahmenrichtlinie wurde die Bewirtschaftung von Fließgewässern darauf ausgerichtet, deren ökologische Funktionsfähigkeit zu erhalten oder wiederherzustellen. Viele Renaturierungsprojekte versuchen eine strukturelle Verbesserung der Gewässer zu erreichen und so die Richtlinie zielgerichtet umzusetzen. Der Endbericht des an der HAW Hamburg eingerichteten und durch das BMBF geförderten Forschungsprojekts „Fließgewässerrenaturierung heute“ soll einen aktuellen Überblick über durchgeführte und zukünftige Renaturierungsmaßnahmen schaffen. Zudem wird das Verhältnis des ökologischen Nutzens zu den entstandenen Kosten beleuchtet. Hierfür wurden abgeschlossene Projekte an 21 Fließgewässern auf Ausgestaltung, Planungsumfang, Finanzierung, Umsetzung und ökologische Wirkung untersucht. (fh)

Wolfgang Dickhaut, Andre Schwark, Karin Franke: *Fließgewässerrenaturierung heute - Auf dem Weg zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie*, BoD, Hamburg 2006, 248 S., 49 Euro, ISBN 3-8334-4968-3

Biographie: Viktor Schaubberger

Viktor Schaubberger (1885-1958) war Förster in Oberösterreich, Wasserbauer und Erfinder. Vor allem mit seinen Holzschwemmanlagen zum Transport geschlagenen Holzes aus den Bergen verblüffte und verärgerte er die Fachwelt. Da funktionierte etwas, das nach Meinung der Experten nicht funktionieren konnte. Viele Wirkungsprinzipien von Schaubbergers Beobachtungen und Forschungen zu Wald, Wasser und Energie können bis heute nicht wissenschaftlich begründet werden und es gibt daher nur wenige, die sich damit beschäftigen. Der Autor hat nach Einsichtnahme in Schaubbergers Nachlass sein Buch aktualisiert und wesentlich erweitert. Er beschreibt mit vielen Originalzitate Schaubbergers Erfindungen und seinen Lebensweg. Dies tut er mit großer Sympathie, wahrt aber die nötige kritische Distanz, sodass nie das Gefühl aufkommt, hier hätte jemand aller Elend Lösung parat. (Roland Quester, Ökolöwe)

Olof Alexandersson: *Lebendes Wasser - Über Viktor Schaubberger und eine neue Technik unsere Umwelt zu retten*, Ennsthaler Verlag, Steyr, ISBN 3-85068-377-X

CD: Grenzüberschreitender Gewässerschutz

Seminardokumentationen und Hintergrundinformationen zu grenzüberschreitenden Aspekten des Gewässerschutzes sind auf einer CD der Bundeskontaktstelle Wasser der deutschen Umweltverbände zusammengefasst. Zu den Themen gehören Hochwasserschutz, Flussauen, Natura 2000 und Landwirtschaft. Es handelt sich um die Materialien des BMU-geförderten Projekts „Wasserrahmenrichtlinie - Grenzüberschreitende NGO-Netzwerke“. Ein Teil davon ist auch in polnischer und tschechischer Sprache dokumentiert. Kritische Aspekte der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) finden dabei genauso ihren Platz wie positive Ansätze. (ez)

Bezug: DNR-Gesprächskreis Wasser, c/o Grüne Liga, Berlin, Tel. 030 / 443391-44, Fax -33, wasser@grueneliga.de

Broschüre zur nachhaltigen Wasserwirtschaft

Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) und die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) haben eine Broschüre zur nachhaltigen Wasserwirtschaft veröffentlicht. In dem Heft werden 23 DBU-Förderprojekte

präsentiert: von Gewässer schonender Landnutzung über Kreislaufwasserbehandlung in der Papierindustrie bis zur Abwasserreinigung mit Ultraviolett-Strahlung. Die Projekte stammen aus den Bereichen Trink- und Grundwasser, Gewässerschutz, Wassernutzung und Kreislaufwirtschaft, Abwasserreinigung sowie Kommunikation. Ein Beispiel ist das Wassermanagement-Projekt im Trinkwasserschutzgebiet Fuhrberger Feld der Stadtwerke Hannover. Die Kooperation von Landwirten und Wasserwirtschaft zur Verminderung der Nitratbelastung im Sickerwasser wurde als vorbildliches Gebietsmanagement inzwischen auf zahlreiche Wasserschutzgebiete in Deutschland übertragen. (nh)

DBU (Hrsg.): *Wasser - Intelligent nutzen, nachhaltig schützen*, Osnabrück 2006, 64 S., kostenlos, Bezug: DBU, Osnabrück, Fax 0541/ 9633-190, eMail: info@dbu.de Download (PDF, 4,8 MB): www.dbu.de/publikationen



Termine

Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter www.dnr.de/termine (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei info@dnr.de an.

Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf www.dnr.de/termin-links zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an info-berlin@dnr.de

Oktober

10./2006-9/2007, Verden/Aller
DNR Kurs Zukunftspiloten
 DNR, Rasmus Grobe
 Tel. 04231 / 957-595, Fax -400
info@zukunftspiloten.de
www.zukunftspiloten.de

20./21.10., Bonn
Aktionskonferenz: Gerechter Welthandel
 Gerechtigkeit jetzt! Die Welthandelskampagne
 Tel. 0228 / 3681010, Fax -92399356
projekt@gerechtigkeit-jetzt.de
www.gerechtigkeit-jetzt.de

20./21.10., Köln
Nahrung - ein einklagbares Menschenrecht
 FIAN Deutschland
 Tel. 0221 / 70200-72, Fax -32
u.hausmann@fian.de
www.fian.de

23.10., Criewen (Uckermark)
Erneuerbare Energien - Motor für die ländliche Entwicklung
 Tagung; FH Eberswalde, TIB
 Tel. 03334 / 657286, Fax -41
sbuechner@fh-eberswalde.de
www.fh-eberswalde.de

24.10., Mainz
Landschaftskult - Kulturlandschaft
 Tagung; Umweltministerium Rheinland-Pfalz, Geographisches Institut der Universität Mainz, Architektenkammer Rheinland-Pfalz, Dr. Nils M. Franke
 Tel. 034 / 5831469
franke@rechercheauftrag.de
www.mufv.rlp.de

25.10., Berlin
Mehr Tierschutz, mehr Umsatz?
 Verbraucherzentrale Bundesverband, Fachbereich Gesundheit/Ernährung
 Tel. 030 / 25800430, Fax -18
gesundheit@vzbv.de
www.vzbv.de

25.-27.10., Freiburg/Br.
ForestXchange - Neue Ansätze im Wissensmanagement
 FVA - Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg
 Tel. 0761 / 4018-190, Fax -333
registration@forestxchange.org
www.forestxchange.org

26./27.10., Berlin
Nachhaltigkeit im 21. Jahrhundert: Schutz öffentlicher Güter
 Int. Konferenz; Rosa-Luxemburg-Stiftung
 Tel. 030 / 44310145
meier@rosalux.de
www.rosalux.de

26./27.10., Bonn
Biodiversität: Vorbereitungs-Workshop zur CBD-COP 9
 Workshop zur Vorbereitung auf die internationale Konferenz in Deutschland 2008; Forum Umwelt & Entwicklung, Susanne Gura
 Tel. 0228 / 9480670
gura@dinse.net

27.10., Bonn
30 Jahre naturschutzrechtliche Eingriffsregelung
 Deutscher Rat für Landespflege (DRL)
 Tel. 0228 / 33-1097, Fax -4727
drl-bonn@t-online.de
www.landesspflege.de

30./31.10., Gelsenkirchen
Energieautonomie durch Speicherung Erneuerbarer Energien
 Eurosolar und World Council for Renewable Energy, Bonn
 Tel. 0228 / 36-2373, Fax -1279
info@eurosolar.org
www.eurosolar.org

30. 31.10., Osnabrück
Lebendige Gewässer im städtischen Raum
 Stadt Osnabrück, Fachbereich Umwelt, Christiane Balks
 Tel. 0541 / 323-3162, Fax -153162
balks@osnabrueck.de
www.lebendige-hase.de

November

3./4.11., Hannover
RegioSolar-Konferenz 2006
 RegioSolar, Berlin
 Tel. 030 / 2977788-20, Fax -99
info@regiosolar.de
www.regiosolar.de

6./7.11., Münster
Umweltsymposium
 Zentrum für Umweltforschung (ZUFO) der Westfälischen Wilhelms-Universität
 Tel. 0251 / 8338470, Fax -67
zifo@uni-muenster.de
www.uni-muenster.de

10.-12.11., Bad Boll (Württemberg)
Zukunft ohne Arbeit - Arbeit ohne Zukunft
 Evangelische Akademie Bad Boll
 Tel. 07164 / 79217
birgit.schatz@ev-akademie-boll.de
www.ev-akademie-boll.de

14.-16.11., Hannover
Umweltbildung und Globales Lernen - die Kooperation der Zukunft
 Tagung; Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU), Hanau
 Tel. 06181-1804778, Fax -3049152
bundesverband@anu.de
www.umweltbildung.de

22./23.11., Essen
Workshop zum Flussgebietsmanagement
 Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall, Monika Voigt
 Tel. 02242 / 872-201
voigt@dwa.de
www.dwa.de

24.-26.11., Berlin
Wie wollen wir wirtschaften? - Solidarische Ökonomie
 Kongress; Bewegungsakademie, Verden
 Tel. 04231 / 957595
info@solidarische-oekonomie.de
www.solidarische-oekonomie.de

25.11., Berlin
DNR-Mitgliederversammlung
 Deutscher Naturschutzring (DNR), Helga
 Inden-Heinrich
 Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
 info@dnr.de
 www.dnr.de

28./29.11., Bonn
**Überwachung des Anbaus von
 gentechnisch veränderten Pflanzen**
 Tagung; VDI-Kompetenzfeld Biotechnolo-
 gie, Dr. Richard Verhoeven
 Tel. 0421 / 2187729
 verhoeven@uni-bremen.de
 www.mon-tag.de

Dezember

1.-3.12., Mülheim an der Ruhr
**Verletzungen des Menschenrechts auf
 Wasser im ländlichen Raum**
 Seminar; FIAN Deutschland, Alexa Schie-
 fer, Köln
 Tel. 0221 / 70200-72, Fax -32
 a.schiefer@fian.de
 www.fian.de

28.12.-1.1., Taunus
15. Ökodorf-Festival
 Ökodorf-Institut, Karl-Heinz Meyer, Her-
 rischried
 Tel. 07764 / 933-999, Fax -388
 meyer@gemeinschaften.de
 www.gemeinschaften.de

2007

26.-28.1., Bad Herrenalb
Was leisten alternative Energieträger?
 Tagung; Evangelische Akademie Baden,
 Karlsruhe
 Tel. 0721 / 91753-82, Fax -50
 info@ev-akademie-baden.de
 www.ev-akademie-baden.de

2.-4.3., Stuttgart
**16. Bundesweiter Umwelt- und
 Verkehrskongress - BUVKO**
 UMKEHR e.V., Berlin
 Tel. 030 / 4927-473, Fax -972
 info@umkehr.de
 www.buvko.de
 (ez, fh) ■

Regelmäßige Umweltsendungen

Sendeplätze in Radio und Fernsehen
 Viele Redaktionen bieten Vor- und Rück-
 schauen, Audiodateien, Sendemanuskripte
 und Zusatzinformationen im Internet an.
 Diese Liste (mit Links) steht auch unter:
 www.dnr.de/umweltinfo („TV + Radio“)

TV-Vorschau

**„Der Grüne Kanal - Das ökologisch
 korrekte TV-Programm“**
 Vorschau für mehrere Tage, Inhaltsanga-
 be in mehreren Sätzen zu jeder Sendung:
 www.bio.de/kanal.php

Vier-Wochen-Vorschau Natur

www.prisma-online.de/tv/
 stichwort.html?aid=Natur
 Sendungen/Inhalte als Stichwort suchen:
 www.prisma-online.de/tv/suche.html

Fernsehsendungen

Terra Nova
 Spartenkanal für Naturfilme
 www.terra-nova.tv

ZDF.umwelt
 So 13.15-13.45, ZDF
 www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/
 0,1872,1020478,00.html

Arte-Umweltsendungen
 u. a. Di 14.00 Hippokrates (Gesundheit),
 Sa 20.40 Abenteuer Arte, Sa 21.35 GEO
 www.arte-tv.com/de/wissen-entdeckung/
 258720.html („Sendungen“ und „Natur &
 Umwelt“)

Ozon
 Mi (14-tägig) 21.30, Rundfunk Berlin-
 Brandenburg (RBB)
 www.rbb-online.de/ozon

Unser Land
 Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk
 (BR)
 www.br-online.de/umwelt-gesundheit/
 unserland

Unkraut
 Umweltsendung für junge Leute
 Mo (14-tägig) 21.20-21.45 (Wh. Di 1.45
 und 11.15), Bayerischer Rundfunk (BR)
 www.br-online.de/umwelt-gesundheit/
 sendungen/unkraut

Löwenzahn
 Natur, Umwelt und Technik für Kinder
 Sa, 12.10-12.35, ZDF
 Sa, 16.50-17.20 Kika
 www.tivi.de/loewenzahn

Rundfunksendungen

Umwelt und Verbraucher
 Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk
 www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/
 („Archiv“)

Natur+Technik
 Mo-Fr 8.30, HR 2 (Hessischer Rundfunk)
 www.hr-online.de/website/radio/hr2/
 ?rubrik=2902
 www.hr-online.de/website/specials/
 wissen/?rubrik=6564

Aus Umwelt und Ernährung
 Mo-Fr 16.35-16.50, SWR cont.ra (Süd-
 westrundfunk) Mittelwelle und Podcast
 www.podster.de/view/1946
 www.swr.de/ratgeber/essen
 www.swr.de/rasthaus/archiv/umwelt

Greenpeace Radio Freiburg
 alle 4 Wochen, Mo 19.00-20.00 (Wh. Di
 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL)
 102,3 (freies Radio)
 www.rdl.de/programm.html

**Restrisiko - Umweltmagazin aus
 Mannheim**
 Letzter Mo im Monat 20.00-21.00 (Wh. Di
 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL)
 102,3 (freies Radio)
 www.rdl.de/programm.html

Radio Rainbow
 Do 19.00-20.00, Radio LORA München
 92,4 (freies Radio)
 http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm

Greenpeace-Radio Stuttgart
 3. Do im Monat 20.00-21.00, 99,2 Anten-
 ne bzw. 102,1 Kabel (freies Radio)
 www.greenpeace-radio-stuttgart.de

Graslöwen Radio
 Sa 18.00-19.00, Radijojo!, Berlin 104,1
 Berlin/Brandenburg/Sachsen:
 Digitalradio DAB (www.digitalradio-bb.de)
 Internet (mit FlashPlugin 6):
 www.radijojo.de
 www.grasloewe.de
 (mb) ■

Information und fachlicher Austausch

Aktuelle und kostenlose eMail-Nachrichten zu allen Öko-Themen

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten kostenlos per eMail zu - von allgemeinen Umweltinformationen über gängige Bereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu „grüner Beschaffung“ oder Öko-jobs. Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte Übersicht von rund 50 solcher Dienste ist im Internet zugänglich.

www.dnr.de/umweltinfo

Wikipedia: Selbstorganisiertes Fachwissen in der freien Enzyklopädie

► Wikipedia, die freie Enzyklopädie im Internet, kann jeder nutzen und mit eigenem Wissen ergänzen. Die Bedienung ist einfach. Seit Mai 2001 wurden über 370.000 Artikel in deutscher Sprache verfasst. Es gibt ein Portal „Umweltschutz“ mit verschiedenen Kategorien und Bereichen, das bereits viel Fachwissen zusammenfasst, aber auch noch Lücken aufweist. Fachleute aus Umweltverbänden und -institutionen sind aufgerufen, hier ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen.

www.de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Willkommen

www.de.wikipedia.org/wiki/Portal:Umweltschutz

„Grünes Forum“: Umwelt-Diskussionsplattform im Internet

► In diesem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Meinungen und Informationen zu Umweltfragen aller Art ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tierschutz, Wirtschaft) sowie nach Bundesländern.

www.gruenes-forum.net (mb) ■

EU-Umweltpolitik verständlich: Unsere Sonderhefte

Meldungen und Kommentare zur europäischen und internationalen Umweltpolitik finden Sie im EU-Rundschreiben - der „Schwesterpublikation“ zum Deutschland-Rundbrief (siehe nächste Seite). Zusätzlich zu diesem erscheint, ebenfalls monatlich, ein thematisches Sonderheft. Viele dieser Sonderhefte sind gerade für DRB-Leser/innen interessant: Sie bringen Licht in die Brüsseler Strukturen und zeigen, wie sich Umweltverbände auf europäischer Ebene effektiv und erfolgreich engagieren können.

Titel/Thema	Ausgabe
EU-Fonds: Geld aus Brüssel für den Umweltschutz (in Vorbereitung)	10.06
Der Rat der Europäischen Union: Wie arbeitet der EU-Ministerrat?	08/09.06
Umweltschutz in den Beitrittsländern Bulgarien, Rumänien und Kroatien	07.06
Wohin geht die Reise? Tourismus auf dem Prüfstand	06.06
Europa nachhaltig entwickeln: Zum Stand der EU-Nachhaltigkeitsstrategie	05.06
Gefahr Grüne Gentechnik: Das Märchen von der Koexistenz	04.06
Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit	02/03.06
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Brüsseler 1×1: Wie funktioniert die EU?	Extra
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

Alle Sonderhefte können kostenlos im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB):

www.dnr.de/eur („Bisherige Ausgaben“)

Unser Partner in Brüssel: Das Europäische Umweltbüro

Der Dachverband der europäischen Naturschutz- und Umweltverbände

Das Europäische Umweltbüro (EEB) ist der Dachverband von 140 zivilgesellschaftlichen Organisationen in allen EU-Mitgliedsländern und einigen Nachbarstaaten. Die Mitglieder sind lokal, national, europaweit oder international agierende Organisationen. Insgesamt repräsentiert das EEB über 15 Millionen Bürger/innen.

Das EEB organisiert und unterstützt das Engagement seiner Mitgliedsorganisationen für eine effektive EU-Politik und nachhaltige Entwicklung. Das EEB-Büro in Brüssel arbeitet eng mit seinen Mitgliedern zusammen, um den Informationsstand über die EU-Umweltpolitik zu verbessern, das Verständnis für diesen Bereich zu fördern und den Dialog mit dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und den Regierungen der Mitgliedsländer zu pflegen.

Für jede Ratspräsidentschaft veröffentlicht das EEB eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Nach Ablauf der Präsidentschaft wird eine Bewertung anhand dieser „Zehn grünen Prüfsteine“ durchgeführt. Beides wird auch regelmäßig im EU-Rundschreiben veröffentlicht.

Das EEB verfügt über Fach- Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer die meisten EU-Mitgliedsländer und auch viele Beitrittsstaaten vertreten. Die Arbeitsgruppen werden von EEB-Expert/innen geleitet (siehe Tabelle).

Das Europäische Umweltbüro arbeitet zu folgenden Themen:

- Integration von Umweltbelangen in die gesamte EU-Politik („Article 6 Watch¹„)
- Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich (Århus-Konvention)
- Luftqualität und Lärm (gesamter Bereich der EU-Luftqualitätspolitik: CAFE²-Programm, aktuelle EU-Richtlinien; Lärmrichtlinie)
- Städtische Umwelt

- Klima/Energie (alles rund um das Kyoto-Protokoll; in Zusammenarbeit mit dem Climate Action Network - CAN-Europe)
- Biodiversität (Umsetzung und Finanzierung von NATURA 2000, Naturschutz außerhalb der FFH-Richtlinie, Überarbeitung der EU-Biodiversitätspolitik, strategische Umweltprüfung SEA)
- Chemikalien (REACH-Verordnung)
- Quecksilber (EU-Quecksilberrichtlinie, Aufbau eines Netzwerks, internationale Ebene)
- Produktpolitik (Ecolabel)
- Ökologische Finanzreform (Ökologische Steuerreform, unökologische Subventionen, EU-Richtlinie zum öffentlichen Beschaffungswesen u. a.)
- Landwirtschaft und Boden (EU-Agrarreform, Agro-Gentechnik, Bodenschutz u. a.)
- Abfall (Abfallvermeidung und -recycling)
- Wasser (Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie)
- Tourismus

Außerdem arbeitet das EEB zu folgenden Themen: Richtlinie zur integrierten Vermeidung von Umweltverschmutzung (IPPC), Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, Umsetzung der Richtlinie zur Strategischen Umweltprüfung SEA, EU-Nachhaltigkeitsstrategie, Standardisierung des europäischen Gütesiegels, Umwelthaftung, EU-Erweiterung. ■

• Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99
eMail: eeb@eeb.org
www.eeb.org

Mitarbeiter/in	Funktion/Fachgebiet	eMail
John Hontelez (d)	Generalsekretär	hontelez@eeb.org
Regina Schneider (d)	Leiterin der Informationsabteilung; Weiterbildung	info@eeb.org
Caroline Bretelle	Presse und Veröffentlichungen	caroline.bretelle@eeb.org
Pendo Maro	Umweltpolitik und Umweltintegration (Kordinatorin)	pendo.maro@eeb.org
Mara Silina	EU-Erweiterung, Bürgerbeteiligung, Weiterbildung, ECO-Forum (Kordinatorin)	mara.silina@eeb.org
Pieter de Pous (d)	Landwirtschaft ³ , Gentechnik, Biodiversität, Boden (EU-Politikreferent)	pieter.depous@eeb.org
Stefan Scheuer (d)	Wasser, Ökologische Finanzreform (Geschäftsführer)	stefan.scheuer@eeb.org
Mecki Naschke (d)	Chemikalien, Industriepolitik (EU-Politikreferentin)	mecki.naschke@eeb.org
Anja Leetz (d)	Chemikalienpolitik (Kampagnenleiterin)	anja.leetz@eeb.org
Kerstin Meyer (d)	Luftverschmutzung, Lärm, Städtische Umwelt (EU-Politikreferentin)	kerstin.meyer@eeb.org
Melissa Shinn	Abfall, Ökologische Produktpolitik, Ressourcen (Leitende EU-Politikreferentin)	melissa.shinn@eeb.org
Elena Lymberidi	Quecksilber-Kampagne (Kordinatorin)	elena.lymberidi@eeb.org

(d) = deutschsprachig

1 Artikel 6 des EG-Vertrages: Gebot der Umweltintegration - siehe www.europa.eu.int/eur-lex/lex/de/tratats/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf

2 „Clean air for Europe“ - „Saubere Luft für Europa“

3 Leiter der Arbeitsgruppe Landwirtschaft ist Arjan Berkhuisen von der Stichting Natuur en Milieu (Niederlande), eMail: a.berkhuisen@snn.nl

Inhalt des EU-Rundschreibens des DNR in diesem Monat

80 Prozent des in Deutschland geltenden Umweltrechts gehen auf Initiativen aus Brüssel zurück. Unser EU-Rundschreiben ist das einzige deutsche EU-Umweltmedium. Probeexemplare erhalten Sie beim DNR in Bonn (siehe S. 2). Probelesen und Bestellen im Internet: www.dnr.de/eur

Editorial

- Klagen für mehr Klimaschutz

EU-Präsidentschaft, G8-Vorsitz

- Merkel-Rede: Leitsätze für Europa
- Russisches Öl um jeden Preis? von Regine Richter, Urgewald
- Tierschutzverbände fordern mehr Verbraucherschutz und Transparenz

EU-Politik, Recht

- Die neuen EU-Förderprogramme 2007-2013
- Finnische Präsidentschaft: Dialog als neuer Politikstil von Markus Steigenberger, DNR
- „Bessere Rechtsetzung“ contra stabile Umweltgesetze? Interview: Dr. Andreas Wasielewski, Umweltministerium Schleswig-Holstein
- Neue Studie für EU-Ökosteuereform von Daniel Unsöld, BUND
- EU überprüft Öko-Audit EMAS
- Umweltverträglichkeitsprüfung: Leitfaden zur EIA-Richtlinie

Abfall, Produktpolitik

- EU-Müllskandal in der Elfenbeinküste
- Abfallmenge in Europa steigt
- Elektroschrottrichtlinie: Frist verfehlt
- EU-Regeln für Kompost gefordert

Agrarpolitik, Gentechnik

- EU verlangt Agrargelder zurück
- EU gegen deutsche Düngeverordnung
- Pilotprojekt für Agrar-Ökotourismus
- Ombudsmann: EU-Kommission versagte im Gentechnikstreit
- Einfuhrkontrollen für US-Reis
- China: Gen-Baumwolle bringt Verluste

Chemikalien, Emissionen

- WWF kritisiert Chemikalienverordnung
- Hoch giftige Pestizide bleiben legal
- Schweden verbietet Deca-BDE
- Finnisches Nanoforschungsprogramm
- Empfehlungen gegen POPs

Energie, Klima

- Protest gegen Blairs Energiepolitik
- Aktionsplan Energieeffizienz in Arbeit
- Strategiestudie zur EU-Energiepolitik
- Weltbank setzt auf Großkraftwerke
- CO₂-Speicherung: Geologen warnen
- EU-Staaten ohne Allokationspläne
- Enttäuschendes Asien-Europa-Treffen
- US-Klimaschutzboykott in Auflösung

Naturschutz, Biodiversität

- Klimawandel: Verheerende Bilanzen von Bjela Vossen, DNR
- Natura 2000: Westeuropa vollständig
- Test-Impfungen gegen Vogelgrippe
- Weltweite Inventur der Wälder

Verkehr, Tourismus

- Einheitliche Mineralölsteuer gefordert
- EU erwägt CO₂-Gesetz für Neuwagen
- Förderung für Wasserstoffautos
- EU für mehr Kurzstreckenseeverkehr
- Güterverkehr auf Schiene und Wasser: Firmenvorschläge gesucht
- Luftverkehr soll harmonisiert werden

Wasser, Meere

- Wassermangel durch Agrarindustrie
- Neue Proteste gegen Ilisu-Staudamm
- Umweltbelastungen im Mittelmeerraum nehmen zu
- Ölpest: Libanon will Israel verklagen
- Giftmüll in der Ostsee entdeckt

Service

- Veröffentlichungen, Termine, Informationsquellen, EU-Wegweiser
- Das EU-Gesetzgebungsverfahren
- Das EEB: Unsere Lobby in Brüssel

Sonderheft

- EUR-Sonderheft (separate Heftung): Umsetzung von EU-Umweltrecht

Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: „DRB 07.05“ weist z. B. auf Heft 7 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2005 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z. B. „EUR 11.05“.

Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: www.dnr.de/drbb („Bisherige Ausgaben“).

Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe „Weitere Informationen“ unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbände-Informationssdienst www.ngo-online.de

Deutschland-Rundbrief im Internet

www.dnr.de/drbb

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos aktuelle eMail-Nachrichten an. Unter rund 50 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellmöglichkeit: www.dnr.de/infoservice

Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung von Redaktion bzw. Herausgeber überein. Die Redaktion behält sich vor Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR (siehe vorhergehende Seite). Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, getragen vom DNR und mehreren Nord-Süd-politischen Organisationen. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: www.dnr.de/eur www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe

DRB-Abo

Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzinges

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief ab Ausgabe:

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
 - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 57 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
 - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 113 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

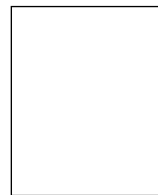
- Zahlung per Bankeinzug**

Kontonummer:	Geldinstitut:
	Bankleitzahl:
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

Absender/in

Vorname, Name:
ggf. Organisation:
ggf. Funktion:
Straße/PF:
PLZ, Ort:
Tel./Fax:
eMail:

DRB-Abo



Deutscher Naturschutzring
Redaktion Deutschland-Rundbrief
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin